

Bezugspreis:

3 wöchentlich 21.- M., monatlich 7.- M., frei ins Haus, wenn zahlbar. Postbezugs: Monatlich 7.- M., ggf. Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 10.50 M., für das übrige Ausland 14.50 M., bei täglich einmal Zustellung 2.50 M. Postbestellungen nehmen an Danzmarkt, Halle, Augsburg, Gießen und die Schweiz. Einzeln in die Post-Vertrags-Verträge.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Welt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 7. April 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis: Die abgegebene Anzeigenzeile kostet 2.50 M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen“, das ist: gedruckt Wort 75 Pf., (gültig für zwei Zeilen) jedes weitere Wort 50 Pf., Stellenangebote und Schlußanzeigen das erste Wort 65 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf., Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gesellschaftliche Berichte-Anzeigen 2.- M. die Zeile ohne Zuschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schluß: von 9 Uhr (tägl.) bis 5 Uhr abends.

Protest gegen Frankreichs Willkür.

Der deutsche Gesandtschaftsträger in Paris ist angewiesen worden, der französischen Regierung folgende Note zu übergeben: Durch Note vom 6. d. M. hat die französische Regierung meiner Regierung mitteilen lassen, daß der kommandierende General der Rheinarmee Befehl erhalten habe, sofort die Städte Frankfurt, Bonn, Koblenz, Trier, Saarbrücken und die Eisenbahnlinie von Metz nach Trier zu besetzen, wofür dem französischen Verlangen der Zurückziehung der unbesetzten in die neutrale Zone einmündigen deutschen Besatzkräfte nicht entsprechen worden sei. Die französische Regierung hat hinzugefügt, daß die Befehle ihre Ende erreichen werde, sobald die deutschen Truppen die neutrale Zone vollständig geräumt hätten.

Noch bevor die Note übergeben war, ist die Besetzung der bezeichneten Städte tatsächlich erfolgt. Wenn trotzdem kein Blut vergossen worden ist, so ist dies der deutschen Regierung zu verdanken, die zur Vermeidung noch schwereren Unglücks den Befehl gab, dem Vormarsch keinen Widerstand zu leisten. Die deutsche Regierung muß aber gegen das Vorgehen der französischen Armee im Namen des Rechts, der Vernunft und der Menschlichkeit

höchste Schwere einlegen.

Sie will nicht mit der französischen Regierung darüber rechten, ob eine Verletzung des Wortlauts der Artikel 42 bis 44 des Friedensvertrages und seiner ergänzenden Bestimmungen überhaupt vorliegt. Es kann unendlich leicht das Gegenteil des Versäultes gegeben sein. Deutschland zu verhindern, in einem Teil seines Gebietes die Ordnung, die durch Räuber- und Räuberbanden auf dem schändlichste gestört worden ist, so rasch wie möglich wiederherzustellen. Eine solche Aktion ist, auch wenn sie wegen des Umfanges der Bewegung unter Zuhilfenahme militärischer Kräfte ausgeführt werden muß, nichts anderes als eine polizeiliche Maßnahme.

Die Bewegung im Ruhrgebiet, deren Geschehen auch jetzt noch im Auslande, und insbesondere in Frankreich, nicht klar erkannt wird, hätte, wenn ihr nicht rasch entgegengetreten worden wäre, den Bestand der Republik innerpolitisch wie wirtschaftlich erneut auf das schwerste erschüttert. Wenn bei der französischen Regierung die Meinung zu herrschen scheint, daß eine derartige Aktion im Ruhrgebiet überhaupt überflüssig gewesen sei, so darf demgegenüber die Frage aufgeworfen werden, aus welchen Gründen die jetzige deutsche Regierung sich zu einer solchen Aktion entschlossen haben sollte, wenn sie sich nicht in der bittersten Notlage gefühlt hätte. Letzten Endes trägt sie allein die Verantwortung für das Leben und die Wohlfahrt ihrer Volksgenossen, und sie muß für sich in Anspruch nehmen, daß sie die Verhältnisse in ihrem eigenen Lande klarer beurteilen kann, als irgendwelche fremden Organe, die sich vielleicht durch unrichtige oder unvollständige Informationen eine abweichende Meinung gebildet haben. Sie hätte unverantwortlich gehandelt, wenn sie länger zugewartet hätte in der optimistischen Hoffnung, daß die Ruhrbewegung im Ruhrgebiet auch ohne militärische Eingriffe ihr Ende finden würde. Die Ereignisse haben ihr bisher Recht gegeben.

Überall dort, wo die Truppen hingelangt sind, ist die Bewegung rasch zusammengebrochen; wo aber in dem Ruhrgebiet die Truppen bisher nicht hingelassen sind, flattert die Flamme des Aufruhrs noch fort. Insbesondere ist auch, abgesehen von dem Eibertfeld-Gagener Bezirk, eine irgendwie nennenswerte Ablieferung von Waffen nur in den Orten zu bemerken gewesen, die in den Bereich der Truppen gekommen sind. Die Befürchtungen, die von alliierter Seite geäußert worden sind, daß gerade das Einrücken von Truppen die Unruhe verstärken und zur Vernichtung wichtiger gewerblicher Anlagen führen würde, haben sich bisher nicht bestätigt.

Die deutsche Regierung hat nicht anders handeln können, als sie getan hat. Der Gedanke, daß die Entsendung von Truppen in das Ruhrgebiet irgendwie eine Bedrohung von Frankreich in sich schließen könnte, ist so absurd, daß er einer Widerlegung nicht bedarf. Dem Bestreben aber wird durch nichts besser gedient, als wenn jeder Staat innerhalb seiner Grenzen geordnete Zustände aufrecht erhält.

Deutschseits darf demnach mit vollster Uebereinstimmung der Standpunkt vertreten werden, daß eine vorsätzliche Verletzung des Friedensvertrages, die eine Verantwortlichkeit der deutschen Regierung im Sinne des Vertrages begründen könnte, überhaupt nicht vorliegt. Selbst wenn aber eine solche Verletzung begangen wäre, so würde dadurch der von der französischen Regierung jetzt vorgenommene

militärische Gewaltakt noch nicht gerechtfertigt.

Als sich die alliierten und assoziierten Regierungen in dem Entwurf eines Protokolls über die angeblichen Verletzungen des Waffenstillstandes auch für die Zeit nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages alle militärischen und anderen Zwangsmassnahmen vorbehalten wollten, haben die deutschen

Unterhändler darauf hingewiesen, daß ein derartiger Vorbehalt mit dem Friedensgenuß nicht vereinbar wäre. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben daraufhin in ihrer Note vom 8. Dezember v. J. anerkannt, daß sich vom Eintreten des Friedenszustandes an die Folgen einer etwaigen Nichterfüllung vertraglicher Verpflichtungen nur nach den allgemeinen Bestimmungen des Friedensvertrages sowie nach den vom Völkerrecht anerkannten gewöhnlichen Verfahrensarten bestimmen sollten. Damit steht das jetzige Vorgehen der französischen Regierung im schroffen Widerspruch. Der Friedensvertrag stellt an keiner Stelle das Recht einer Signaturmacht vor, die Nichterfüllung einer vertraglichen Verpflichtung seitens Deutschlands ohne weiteres mit dem militärischen Einmarsch in deutsches Gebiet zu beantworten. Uebrigens hat sich aber die französische Regierung über grundlegende Bestimmungen der Völkerrechtslehre hinweggesetzt, die einen integrierenden Bestandteil des Friedensvertrages bildet.

Wenn die französische Regierung das deutsche Vorgehen tatsächlich als den Versuch einer Störung des Weltfriedens ansehen zu können glaubte, so hätte dies gemäß den Völkerrechtsstatuten als eine Angelegenheit des ganzen Bundes behandelt werden müssen. Die Lösung einer derartigen Streitfrage zwischen einem Mitgliede und einem Nichtmitgliede des Bundes dürfte nicht ohne weiteres mit Gewalt, sondern zunächst nur im internationalen Schlichtungsverfahren versucht werden.

Zum Schluß muß die deutsche Regierung mit besonderem Nachdruck darauf hinweisen, daß die von der französischen Regierung ergriffene militärische Zwangsmassnahme inwieweit die schwersten Folgen

in politischer und wirtschaftlicher Beziehung haben wird. Zwar beachtet, wie bereits in der Note vom 4. d. M. mitgeteilt worden ist, der bisherige Verlauf zu der Hoffnung, daß die über das bisher zugelassene Maß in die neutrale Zone eingerückten Truppen innerhalb weniger Tage wieder zurückgezogen

werden können. Damit würde nach der Erklärung der französischen Regierung die jetzt vorgenommene neue Besetzung ohne weiteres ihr Ende erreichen. Ihre Folgen wären aber damit nicht beseitigt. Es ist für jede Regierung in Deutschland unmöglich, in dem unglücklichen, von tiefen Erschütterungen immer wieder betroffenen Lande Ruhe und Ordnung herzustellen und aufrechtzuerhalten, wenn sie auf Schritt und Tritt bei ihren bisherigen Feinden einem ungerechtfertigten Argwohn begegnet und immer erneuten Drohungen ausgesetzt bleibt, und wenn das deutsche Wirtschaftsleben Störungen, wie sie die Besetzung politisch und wirtschaftlich so wichtiger Hauptplätze mit sich bringt, ausgesetzt wird. Die deutsche Regierung hatte es begehrt, daß auch die französische Regierung gerade in letzter Zeit zur Anbahnung einer Verständigung auf wirtschaftlichem Gebiet bereit zu sein schien. Wie können solche für den Wiederaufbau Europas wichtigen Gedanken in die Tat umgesetzt werden, wenn gleichzeitig die französische Armee in Deutschland einmarschiert und dadurch tiefste Erregung und Erbitterung in das deutsche Volk hineinträgt. Was dem deutschen Volke vor allem noht, ist Ruhe! Nur dann kann sich die Arbeitsleistung so weit haben, daß das Volk leben und die schwersten Verpflichtungen des Friedensvertrages erfüllen kann.

Bevorstehende Ausrufung der Rheinischen Republik?

Uebereinstimmend wird aus den verschiedensten Teilen des Rheinlands gemeldet, daß die Ausrufung der Rheinischen Republik unmittelbar bevorsteht.

Wie den V. R. K. hierzu von gutunterrichteter Seite erklärt wird, ist tatsächlich seit einiger Zeit eine gewisse Erregtheit in der Wasse der Rheinländer zu beobachten. Die Veröffentlichung des zweiten Vorsitzenden der rheinischen Zentrumspartei, Justizrats Kömwig, in der „Rheinischen Volkszeitung“ vom 30. März wirft ein scharfes Licht auf diese Beunruhigung. Es heißt darin, daß innerhalb der Partei große Misstimnungen und Unklarheiten bestehen über das Vorgehen unserer Abgeordneten in Berlin“. Es wird dann eine große Aufführungsversammlung und in der gleichen Kammer ein dreitägiger politischer Parteitagus angekündigt.

In letzter Zeit beschäftigt die französische und belgische Presse sich in eingehender Weise mit den Fragen des Rheinlandes und zwar in einer außerordentlich sachlichen Form, während die deutsche Presse eine völlige Indifferenz zeigt. Ein Artikel der „Rheinischen Volkszeitung“ vom 31. März weist auf diese Indifferenz hin und zwar mit einer gewissen Verbitterung. Der Rheinländer sahle sich als Opfer des Friedens, der Deutschland aufgezwungen wurde. Die Rheinländer bewiesen täglich ihr Deutschtum durch die Tat, nicht wie viele rechts des Rheins nur durch große Worte. Die deutsche Presse hätte allen Grund, sich der rheinischen Probleme anzunehmen.

Forderungen an die Regierung.

Gemeinsamer Schritt der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien.

Die am Generallstreik beteiligten Arbeitnehmerorganisationen und die Vertreter der Parteileitungen der Sozialdemokratischen und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sind am 6. April neuerlich in eine Prüfung der politischen Lage eingetreten. Sie haben insbesondere die Berichte ihrer ins Ruhrgebiet entsandten Vertrauensmänner entgegengenommen und sind zu dem Ergebnis gelangt, von der Regierung mit größtem Nachdruck auf Grund der Vereinbarungen, zu denen sich die Regierung bei Einstellung des Generallstreiks verpflichtet hatte, die Erfüllung folgender Maßnahmen zu verlangen:

- 1. Rückzug der Reichswehr aus der neutralen Zone. Die Aufrechterhaltung der Ordnung obliegt den nach dem Vieselfelder Uebereinkommen zu bildenden Ortswehren.
2. Kein Einmarsch der Reichswehr südlich der Ruhr.
3. In dem von der Reichswehr außerhalb der neutralen Zone besetzten Gebiet sind die Ortswehren sofort zu bilden, wozu der Rückzug der Reichswehr erfolgt.
4. Die Vorgänge in Wilhelmshaven, Altenburg usw. verlangen sofortige Abhilfe. Die Verfassungstreuen Unteroffiziere und Mannschaften sind zu schützen; die abgesetzten unzuverlässigen Offiziere sind nicht wieder zu verwenden, sondern der Bestrafung zuzuführen. Das Kabinett wird vom Reichswehrminister sachliche und persönliche Garantien gegen die Weiterverwendung unzuverlässiger Führer fordern. Die Viesierung von Divisionen an konterrevolutionäre Formationen (Brigade Ehrhardt usw.) ist sofort einzustellen.
5. Auf die Preussische Regierung wird eingewirkt, damit die Reorganisation der Sicherheitswehren durch Einstellung organisierter Arbeitnehmer schnellstens zur Durchführung gelangt. Die Arbeitnehmerorganisationen sehen in der schleunigen Durchführung dieser Maßnahme eine unbedingte Voraussetzung, um der starken Erregung in der Arbeitnehmerschaft entgegenwirken zu können.

Die Organisationen unterbreiten ihre Stellungnahme sofort der Reichsregierung und behalten sich weitere Schritte nach Entgegennahme der Regierungsverklärung vor.

- Berlin, 6. April 1920.
Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund. gez. G. Legien.
Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. gez. D. Urban.
Deutscher Beamtenbund. gez. M. Lange.
Berliner Gewerkschaftskommission. gez. D. Ruff.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands. gez. H. Wollenkamp.
Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands. gez. A. Crispian.

Es ist bedauerlich, daß die Nationalversammlung, die ja die besten dazu sein sollte, die Dinge in Ordnung zu bringen, erst am Mittwoch nächster Woche wieder zusammentreten soll. Eine solche Selbstauschaltung des wichtigsten verfassungsmäßigen Faktors in bewegter Zeit ist bedenklich. Die Verhältnisse vertragen aber keinen Aufschub, und darum ist es zu billigen, daß der Parteivorstand in Gemeinschaft mit den anderen meistinteressierten Organisationen mit formulierten Forderungen an die Regierung herantreten ist, und wir zweifeln nicht daran, daß die Fraktion dieses Vorgehen beden wird.

Die Vorgänge in Wilhelmshaven, Altenburg usw. haben das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen die Reichswehr nur noch verstärkt. Man sucht vergebens nach Garantien dafür, daß sich der Militäraufstand nicht eines Tages in vergrößertem Format wieder erheben wird. Dann werden die sozialdemokratischen Regierungsmittelglieder wieder zum Generallstreik auffordern, und die militärische Putschregierung wird wieder die Erschießung der „Mädelsführer und Streikposten“, d. h. der sozialistischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre anordnen. Die alldeutsche Presse spricht ja jetzt schon mit anjnischer Offenheit ihr Bedauern darüber aus, daß der Erschießungsbefehl nicht schon früher ausgegeben und exekutiert wurde, und fordert für das nächstmal größere Zügigkeit. Man kann also unmöglich behaupten, daß die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen sich in eine Sache einmischen, die sie nichts angeht, es geht für sie um Kopf und Kragen, und sie haben ein Recht, von der Regierung Schutz gegen Mörder zu fordern.

Die Verhandlungen über die Erfüllung dieser Forderungen werden einigermaßen kompliziert durch die militärische Einmischung Frankreichs in unsere

inneren Angelegenheiten. Wir müssen es uns auf das allerentschiedenste verbitten, wenn der Befehlshaber der widerrechtlich in Deutschland eingedrungenen Truppen, General Degoutte, die Darmstädter Bevölkerung folgendermaßen andenkmalig:

Die Berliner Regierung hat unter dem Druck der Militärpartei eine plötzliche Offensive der Reichswehr gegen die Arbeiterchaft des Ruhrgebiets angeordnet.

Erstens ist die Behauptung des Herrn Generals in dieser Form ein Unsin, zweitens aber hat sich die deutsche Arbeiterchaft noch nicht unter das Protektorat der französischen Militaristen gestellt. Sie wünscht, sich selber zu schützen, und hat Beweise dafür geliefert, daß sie es kann. Gerade der neueste Beschluß der Organisationsvertreter liefert den besten Beweis dafür, daß die härtesten Organisationen und die stärkste Partei unerschütterlich sind in der Absicht, im Ruhrrevier kein unbeschränktes Schalten und Walten des Militärs zu dulden. Ein Entgegenkommen der Regierung ihnen gegenüber wird zugleich die Leidenszeit der besetzten Gebiete im Rhein-land abkürzen.

Es sei daran erinnert, daß die Regierung schon am 1. April nach Paris mitteilte, die Polizeiaktion im Ruhrrevier werde binnen sieben Tagen, also am 11. April, zu Ende sein. Es ist dringend zu verlangen, daß dieser Termin noch näher gerückt und damit dem Verlangen der Gewerkschaften, die sich auf die Berichte ihrer aus dem Ruhrrevier zurückgekehrten Vertrauensmänner berufen können, so weit und so schnell wie möglich Rechnung getragen wird.

Die Regierung aber möge sich davon überzeugen, daß es diejenigen am besten mit ihr meinen, die ihr raten, sich von den letzten Resten des Militarismus so rasch wie möglich zu trennen. Hier ist noch ein Weg zur Rettung angeigt, der letzte! Die Rasse der deutschen Arbeiterchaft will auch heute noch keine Experimente mit der Räteherrschaft, sondern sie will ganz einfach den Schutz der Republik. Die neue Koalitionsregierung muß diesen Schutz leisten können, wenn nicht das Koalitionsprinzip völlig in Mißkredit geraten soll. Zu dieser Einsicht, die sich für Sozialdemokraten von selbst versteht, müssen sich auch die bürgerlichen Vertreter in der Regierung aufschwingen, sonst würden wir nach den dunklen Tagen, die wir erleben, nur noch dunklere zu erwarten haben.

Dem Vernehmen nach besteht die Absicht, die Nationalversammlung schon für diesen Sonnabend, den 10. April, einzuberufen.

## Frankreichs Schwankungen. Deutsche Feststellungen.

Zur französischen Einmarschnote (mitgeteilt im gestrigen Abendblatt), verbreitet die deutsche Regierung durch WB folgende Feststellungen:

Am 28. März teilte die französische Regierung mit, daß sie ihre Genehmigung für einen Truppeneinmarsch in das Ruhrgebiet nur geben könne, wenn die fünf deutschen Städte von ihr besetzt werden dürften, wobei die Lokalverwaltungen bestehen bleiben und vor allem die Militärbehörden ersucht werden sollten, in Durchführung der normalen Funktionen der deutschen Regierung und Verwaltung kein Hindernis in den Weg zu legen. Die deutsche Regierung konnte auf dieses durch kein sachliches Moment begründete Ansuchen nicht eingehen, sondern machte den Gegenvorschlag, daß den Franzosen die Besetzung erlaubt werden sollte, wenn die Truppen aus dem Ruhrgebiet innerhalb einer bestimmten Frist nicht zurückgezogen seien. Herr Paléologue, mit dem die Verhandlungen geführt wurden, erklärte sich telephonisch damit einverstanden und bestätigte dieses Telephongespräch durch folgendes Schreiben:

„Bestätigung einer telephonischen Besprechung vom 29. 8 Uhr abends. Wenn die deutsche Regierung auf ihrer Forderung, Truppen in das Ruhrgebiet zu entsenden, besteht, so wäre Herr Millerand

geneigt, dem zuzustimmen unter der Bedingung, daß die fraglichen Truppen

innerhalb einer Frist von 2 oder 3 Wochen

aus der neutralen Zone zurückgezogen werden. Nach Ablauf dieser Frist werden die alliierten Truppen das Recht haben, unterzüglich Frankfurt, Bonn, Hamburg und Dieburg zu besetzen, unter den in der Note vom 28. festgelegten Bedingungen.

Unterschrift: Paléologue.

Am 30. März beehrte die französische Regierung auf ihrer Zustimmung und wies nur in einer Weisprechung mit großem Nachdruck auf die Gefahr hin, daß gewisse Arbeitergruppen für den Fall des Einmarsches von Reichswehrtruppen zur Zerstörung der Schächte schreiten könnten.

Am 31. März machte die französische Regierung ihre Erlaubnis für den Einmarsch mit einer Note vom Nachweis der absoluten Notwendigkeit abhängig und erklärte ihrerseits den Einmarsch für unumgänglich und gefährlich. Inzwischen hatte der Herr Reichskanzler aus Loyalität, weil er am Montag die übertriebene Forderung der französischen Regierung zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht und zurückgewiesen hatte, am Dienstag Mitteilung von dem französischen Entgegenkommen gemacht. Die französische Presse behandelte die Neuherung des Reichskanzlers mit den schärfsten Angriffen, natürlich in Unkenntnis der der Öffentlichkeit nicht bekannten Verhandlungen, während von zuständiger amtlicher französischer Seite erklärt wurde, man verstehe diese Neuherungen des Reichskanzlers vollkommen. Dieser habe den Brief Paléologue so auffassen können, wie er es getan habe. Da inzwischen die Mitteilungen über das Vorgehen im Ruhrgebiet sich häuften und von allen Seiten und allen Parteien die Ratschläge kamen, war an eine weitere Verschärfung des Einmarsches nicht mehr zu denken.

Am 2. April abends erneuerte die französische Regierung in Verantwortung der deutschen Note ihre Forderung nach Besetzung der deutschen Städte und sofortiger Zurückziehung der im Ruhrgebiet einmarschierten Truppen. Am 3. April weist die französische Regierung anlässlich einer an den Präsidenten der Friedenskonferenz gerichteten Mitteilung über das Eindringen von Reichswehrtruppen ins Ruhrgebiet auf die Verletzung des Art. 44 hin, dessen feierliche Fassung sie ausdrücklich in Erinnerung bringt, und schließt mit dem Satz: „Die Entscheidung der französischen Regierung werde ich Ihnen später zur Kenntnis bringen.“

Am 4. April fährt die deutsche Regierung den Nachweis, daß die in der fünfzigkilometerzone befindlichen Truppen in der Kopfgeld den laut Abkommen vom 6. August zugestandenem Umfang nicht übersteigen.

Am 6. April vormittags erfolgt in Paris die Uebersetzung der französischen Note, die eingangs wiedergegeben ist.

Daraus geht hervor, daß die Regierung zu einem bestimmten Zeitpunkt annehmen mußte, Frankreich sei mit dem Einmarsch einverstanden. Später hat die französische Politik eine Schwankung vollzogen.

## Die Besetzungslüge.

Mainz, 6. April. (WB.) Eine Bekanntmachung des Oberkommandierenden der alliierten Besetzungstruppen, General Degoutte, an die Bevölkerung besagt:

Die Berliner Regierung hat unter dem Druck der Militärpartei eine plötzliche Offensive der Reichswehr gegen die Arbeiterchaft des Ruhrgebiets angeordnet. Dadurch hat sie eine der wesentlichsten und feierlichsten Bestimmungen des Friedensvertrags verletzt. Im Verlaufe der bis heute währenden Verhandlungen hat die französische Regierung sich bemüht, die deutsche Regierung von diesem militärischen Vorgehen, das mit einiger Vorsicht hätte vermieden werden können, abzuhalten. Nichtsdestoweniger sind die Reichswehrtruppen in das Ruhrgebiet eingerückt. Die Regierung der französischen Republik sieht sich daher gezwungen, sich ein Verstand zu sichern, damit die Berliner Regierung ihrer Unterchrift nachkomme. Deshalb habe ich den Befehl erhalten, die Städte Frankfurt a. M., Hamburg, Bonn, Darmstadt und Dieburg sofort zu besetzen. In diesem Augenblick halte ich es für notwendig, zu erklären, daß diese Besetzung keine feindselige Handlung gegen die arbeitende Bevölkerung

dieses Gebietes bedeutet. Sie hat lediglich den Zweck, die Ausführung des Vertrages zu sichern, und wird aufhören, sobald die Reichswehrtruppen die neutrale Zone vollständig geräumt haben.

Die Regierung Millerand und ihre Genesalleen als Schlichter der Arbeiterchaft des Ruhrgebiets — daß die Leute nicht das Hohngefläch der Welt furchten!

## Ein Aufruf der Regierung.

An die Opfer der französischen Militäraktion.

An die Bevölkerung der Städte und Dörfer, die jetzt von den Franzosen als Repräsentanten gegen unsere Polizeiaktion im Ruhrgebiet besetzt worden sind, hat die Reichsregierung einen Aufruf gerichtet, in dem dargelegt wird, wie die merkwürdige Aktion der Franzosen zustande kam. „Ungehört“, heißt es im Aufrufe, „ist mit dem Weltfrieden nie gespielt worden, als es Frankreich tut.“ Der stark polemische Aufruf schließt: „Wir werden den juristischen Klaffen und der brutalen Vergewaltigung den einzigen Willen entgegensetzen: Ein Volk zu sein und zu bleiben!“

## Untaten im Ruhrgebiet.

Plünderungen hier — Standrecht dort.

Einem und zugehenden Bericht aus Hamm vom 2. d. M. entnehmen wir:

In Belsum, Herringen, Landbodem usw. hatten die Banden in den letzten Tagen ein wahres Schreckensregiment geführt. Den Landleuten, nicht nur den größeren Bauern, sondern auch den kleinen Köttern, hatten sie das Vieh im Stalle abgeschlachtet, sämtliche Lebensmittel abgenommen und auch Wertgegenstände geraubt. Widerstand wurde mit Waffengewalt gebrochen. Jeder, der sich weigerte, mit der Waffe mitzukämpfen, wurde niedergeschossen. Hunderte von Flüchtlingen irren in Hamm umher, in steter Sorge um das Schicksal ihrer Angehörigen. Es wurde die höchste Zeit, daß Hilfe kam. Die Reichswehrtruppen stießen am Mittwoch nachmittags auf den ersten Widerstand. In der Gegend von Daberg hatte sich eine Gruppe von 40 Spartakisten mit 3-Wehringewehren versammelt, die die vorrückende Patrouille mit heftigem Feuer empfing. Nach kurzer Zeit war die Gegend erobert, wobei die Besatzung zum Teil geflohen, zum Teil gefallen war. Außerdem wurden 3 Mann kurz darauf handrechtlich erschossen. (1) Die Verluste der Patrouille betragen einen Toten.

Die erste Festigung, die sich die Spartakisten geleistet haben, ist die Sprengung der großen Eisenbrücke der Eisenbahnlinie Hamm—Lünen, wobei der Zugverkehr vollkommen unterbrochen worden ist. Auch die Linien nach Ima und Dortmund sind durch Aufreißen der Gleise unbrauchbar gemacht worden. Weiter haben sie an mehreren Stellen die Straßen aufgerissen, wobei auch der Abstellplatz für die Reichstelegraphenstation Berlin—Lünen zerstört wurde. Am Eingange Belsums, bei der Wirtschaft Vekler, lagen 2 tote Spartakisten mit zum Teil fürchterlichen Verletzungen. Sie waren nach kurzem Verhör handrechtlich erschossen worden. Nicht weit davon lagen wieder 6 Mann, hundert Meter weiter abermals 10. Auf dem Friedhofe verstreut wiederum eine größere Anzahl Toter. Hier kann man an der großen Zahl der beschädigten Grabdenkmäler und an den Granatstücken auf die Schwere des Kampfes schließen, der hier getobt hat. An der südlichen Heide lagen u. a. auch ein Vater mit seinem Sohne, beide mit schweren Kopfverletzungen. Hundert Meter weiter in der Richtung nach Samen hatten sich in einem Hause 16 Spartakisten mit 3-Wehringewehren versammelt, die den Angreifern sehr zu schaffen machten. Trotzdem gelang es einer Gruppe von 6 Mann, das Haus zu stürmen, wobei ihnen außer den Gewehren und den Waffengegenständen noch 30 Gewehre und reichlich Munition in die Hände fielen. Auch diese Gefangenen wurden kurz darauf erschossen. Beim Stürmen dieses Wohnhauses fiel übrigens auch Hauptmann Spay aus Wänschen, woraus sich die große Erbitterung der Mannschaften erklärt. Allein in dieser Gegend sind über 200 Tote auf Seite der Gegner der Reichswehr gezählt worden.

Die „Rost. Ztg.“ berichtet, daß die Banden in und bei Duisburg einige 20 Waggons Lebensmittel „beschlagnahmten“ und solcherart erbeutete Schicksale das Hund für 1,20 M. verlaufen. Auch raubten sie 500 000 M. Lohngehalt für Eisenbahner. Der Oberbürgermeister von Herford mußte dem Aktionsausschuß 63 000 M. abliefern. Laut „A. Z.“ wurde in Essen wüst geplündert.

Nach der „Freiheit“ hat die Reichswehr in Dortmund die Drismehr aufgelöst, grundlos Schwere im besetzten

## Technik und Psychologie.

Von Diplomingenieur A. Hamm.

Was haben Technik und Psychologie miteinander zu tun? Gar nichts, möchte man meinen und bis vor kurzem ist es auch so gewesen. In den letzten Jahren aber haben sich unerwartet und plötzlich so enge Beziehungen entwickelt, die zum Teil auf amerikanische Einflüsse zurückzuführen, aber ohne die sehr gründlichen Vorarbeiten der deutschen Wissenschaft, insbesondere Wundts und seiner Schule, nicht denkbar wären. Das verbindende Glied ist die Frage der Eignungsprüfung des einzelnen Menschen für die von ihm verrichtete Arbeit.

Die Psychologie ist seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts mehr und mehr zur Experimentalwissenschaft geworden. Sie sucht die Eigenschaften der menschlichen Seele, also Empfindung, Willensimpulse, Aufmerksamkeit, Intelligenz usw. schrittweise zu erfassen, so daß wir also in diesem Gebiete nicht mehr mit unklaren und unbestimmten Begriffen oder Vorstellungen, sondern mit ganz klaren, fest bestimmten Größen rechnen können. Eine der ältesten und bekanntesten Feststellungen dieser Art ist das psychische Gesetz, das aussagt, die Stärke einer Empfindung wachse nicht in gleichem Maße wie der sie verursachende Reiz, sondern nur wie sein Logarithmus, also viel schwächer. Bei einer sehr starken Empfindung, wie wir sie z. B. haben, wenn wir uns kräftig verbrennen, bedarf es also einer ganz außerordentlichen Steigerung des Reizes, um die Empfindung überhaupt noch zu erhöhen. Derartige Gesetze hat die experimentelle Psychologie noch mehr gefunden und sie bedienen sich zu ihren Untersuchungen einer großen Anzahl besonders genauer Meßgeräte.

Ein solches Gerät ist beispielsweise der Ergograph oder Ermüdungsapparat. Um die Fähigkeiten eines Menschen für irgend welche Arbeit beurteilen zu können, ist es natürlich sehr wesentlich, zu wissen, wie lange er sie ausübt, also in welchem Maße er ermüdet. Die Erfahrung zeigt, daß für alle Arbeitergruppen das Verhältnis dasselbe ist, es genügt also, für eine Arbeitergruppe die Ermüdung festzustellen, um den ganzen Menschen beurteilen zu können. Man nimmt dazu den Mittelfinger. Er wird durch einen Ringes und eines Fadens, der über eine Rolle läuft, ein Gewicht haben. Ein Schreiber zeichnet die Höhe der Erhebung auf. Je schneller sich jedesmaligen Höhen diese Höhe abnimmt, um so weniger ausdauernd ist der Betreffende. Einen Unterschied macht es auch noch, ob die Erhebung fortgesetzt abnimmt oder nach einer bestimmten Zeit gleich bleibt, wenn auch geringer als am Anfang. Solche Menschen sind für anstrengende körperliche Arbeiten am besten geeignet.

Andere Meßgeräte sollen dazu dienen, die geistigen Eigenschaften zu prüfen, und zwar vornehmlich Auffassungsfähigkeit, Anschauungsfähigkeit, Erfindbarkeit u. a. m. Zur Prüfung der Auffassungsgabe wird durch einen Apparat dem Prüfling in kurzen Zwischen-

räumen eine Anzahl von Zahlen oder Worten vorgeführt, die er sich merken muß. Eine gemeinsame Untersuchung auf Auffassungsgabe und Entschlußkraft ist bei der Prüfung von Kraftfahrern und Lokomotivführern üblich. Der Prüfling sitzt oder steht in einem Gefährt, das dem Führer eines Wagens oder dem Führer einer Lokomotive ähnlich ist, auch die gleichen Hebel und Handgriffe besitzt wie diese. Jemand ein Hindernis taucht ganz plötzlich auf, gleichzeitig wird eine Uhr, die laufend auf Sekunden anzeigt, in Bewegung gesetzt. Der Prüfling muß dann mit seinen Hebeln eine Bewegung machen, die bei fortwährendem Wagen dazu dienen müßte, das Hindernis zu umgehen. Durch die Bewegung wird die Uhr wieder abgestellt, man kann dann die Zeit ablesen, die vom Auftreten des Hindernisses bis zur Ausführung der Bewegung verstrichen ist, gleichzeitig kann man an den Aufzeichnungen eines Schreibstiftes erkennen, ob die Bewegung richtig war. In ähnlicher Weise prüft man die Geschwindigkeit, indem man unentworfene einen Schuß abfeuert und aus den Aufzeichnungen des Schreibstiftes abliest, ob der Prüfling infolge des Schrecks eine Bewegung gemacht hat, die seinen Wagen hätte gefährden können. Verschiedene andere geistige Fähigkeiten werden in ähnlicher Weise untersucht. Die reichen Erfahrungen der Heeresverwaltung mit der Prüfung von Kraftwagenführern haben gezeigt, daß durchgängig diejenigen, denen auf Grund der psychologischen Prüfung die Eignung abgesprochen worden war, auch im Fahrkursus versagten.

Wederings läßt sich die psychologische Untersuchungsmethode noch auf andere industriell wichtige Reagen anwenden, z. B. die „Reinhalte“. Welche Formen von Plakaten am besten sichtbar sind, welche Farben für Schrift und Bild die deutlichsten Bilder geben, das alles gehört vor den Mikroskop der experimentellen Psychologen. So hat sich diese neue „Psychotechnik“ schon in kurzer Zeit ein weites Feld erobert.

Eine Konferenz über Kunstfragen. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hatte gestern Vertreter der Akademie der Künste, des Lehrkörpers der Hochschule für Kunst, die auswärtige und inländische Presse und viele am Musik- und Theaterleben besonders interessierte Sachleute zu einer Konferenz in das Kultusministerium gebeten. Die Minister Haeussler einleitend ausübte, handelt es sich darum, die dringlichsten Angelegenheiten unseres Musik- und Theaterlebens einmal von berufener Seite der öffentlichen Erörterung zugänglich zu machen und Anregungen, wie persönliche Maßnahmen zur Ermöglichung. Die neuerufenen Leiter der Hochschule für Kunst wurden vom Minister vorgeführt und zu kurzer Aussprache über ihre Ideen und Ziele gebeten. Prof. Schröder aus Wien, der neue Direktor der Hochschule, begann mit einem freien Vortrage zur deutschen Kunst, denn gerade in Deutschland habe er seine ersten und größten Erfolge gefunden, sei er das geworden, was die musikalische Welt an sich schätze. Er entwickelte ein kurzes Programm, das neben der wesentlichen inneren Organisation der Hochschule ein leistungsfähiges Orchester und eine Hochschule für dramatische Kunst in Aussicht stellte. Dr. Georg Schürmann, als Stellvertreter des Direktors und administrativ-

tiver Leiter der Hochschule, betonte vor allem den Ausbau der musikalischen Fächer und die Einführung der Schüler zu einer in die Tiefe gehenden musikalischen Allgemeinbildung. Von der Hochschule leitete Max Schilling auf die vielen Probleme der Staatsoper hin. Seine Darlegungen rüdten die großen Schwierigkeiten in den Vordergrund, die sich gerade dieser Bühne bei der starken Herausforderung der wirtschaftlichen Forderungen in den Weg stellen. An der Hand von Beispielen erzielten die Anwesenden einen Einblick in diese komplizierten Fragen, die immer mehr zu einer neuen Zeit im Opernbetrieb führen müssen, zu einer Entwidlung, in der wieder das Publikum über dem Künstler stehen muß. Seine Ausführungen ergänzte Direktor Springer, der an die vollkommene Gründung eines Volkstheaters im früheren Krollischen Hause am Königsplatz anknüpfte. Es sei zu hoffen, daß auch dieses große Werk, getragen von der Mitarbeit der Volkswähler, bald seiner endgültigen Verwirklichung entgegengehen werde. Mit einem Dank an die Anwesenden schloß Herr Unterrichtsminister Weder die Preisbesprechung, die nach einer Anfügung des Herrn Ministers von Zeit zu Zeit mit wechselndem Beratungsstoff wiederholt werden soll.

Eine Gedenkfeier zu Raffels 400. Geburtstag wurde gestern mitag von der Generaldirektion der Staatlichen Museen und der Akademie der Künste im Raffelsaal des Kaiser-Friedrich-Museums veranstaltet. In einer kurzen Ansprache wies der Kultusminister Genosse Haensler auf die Eigenart aller wahrhaft großen Kunst hin, die, wenn sie auch in gewisser Hinsicht immer „Heimatskunst“ bleibt, mit ihren Wurzeln doch in dem der ganzen Menschheit gemeinsamen Kulturboden haften und aus ihm ihre Nahrung zieht. Dieser internationale Zug der großen Kunst erscheint besonders wertvoll in der gegenwärtigen Zeit, wo er ein Mittel werden kann, um zwischen den noch immer habenden Völkern die gemeinsamen geistigen Bande aufs neue zu knüpfen und die vereinenden Brücken wieder zu beschreiten. Die Festrede hielt Professor Ostarrischel. Er entwickelte die entscheidenden Einflüsse, die das Wollen, der besondere Charakter der landschaftlichen Umgebung und der Verkehr mit den verschiedenartigen Gesellschaftskreisen in Urbino, Perugia, Florenz und Rom auf den Entwicklungsgang des Künstlers ausgeübt haben, und gab damit eine wertvolle Ergänzung der üblichen Betrachtungsweise, die Raffael fast ausschließlich als den genialen, aber im Grunde unselbständigen Schüler bestimmter Meister erkennen läßt, deren Tendenzen er zum vollendeten Abschluß brachte. Zu Beginn und zum Schluß der Feier trug der Madriachchor des Instituts für Kirchenmusik unter Leitung des Professors Karl Phiel Gesänge zeitgenössischer Komponisten vor.

In der Papirusausstellung der Staatlichen Museen (Neues Museum), eine Treppe, wird fortan an jedem Sonnabend um 11 Uhr Professor Schubert zu einer Führung bereit sein. Karten hierzu — höchstens 20 — gibt in der nordwestlichen Ecke der Ausstellung der Papirusausstellung unentgeltlich aus. Beginn am 10. April, 11 Uhr. Führung soll der Besuch gemacht werden, den Museumsbesuchern das Verständnis des antiken Schreibmaterials sowie der ägyptischen und griechischen Bücher, Briefe und Urkunden zu erleichtern.

Einige Reliquiare der Reichswehr wird unser Mitarbeiter Dr. B. Engelhardt in einer allgemein verständlichen Vortragsreihe, welche am Sonntag, den 12. April, in der Georgenstr. 3031, abends 8 Uhr, beginnt, behandeln.

Groß-Berlin
Der eingezäunte See.

Der wertvolle Berliner will Sonntags in der freien Natur Erholung suchen und neue Kraft aus diesem ewigen Jungbrunnen schöpfen. Das ist der instinktive Drang, der dem Großstadtmenschen alle Unannehmlichkeiten der in drangvoll fürchterlicher Enge zurückzulagernder Naturfahrt schnell vergessen läßt.

Da hat z. B. der feudale Herr in Rangsdorf an der Postener Bahn, dessen „Schloß“ in nächster Nähe der armenlichen Gutsarbeiterwohnungen den Kontrast zwischen „Hoch“ und „Niedrig“ recht deutlich zum Bewußtsein kommen läßt, den großen Rangsdorfer See, soweit dieser mit Wald umgeben ist, also stundenweit, durch einen Drahtzaun abgesperrt und alle die vielen Wege in dem Waldgebiet als „verbotene“ gekennzeichnet.

Der Großherzog von Sachsen-Weimar hatte solche Verbotstafeln in dem Ederberger Wald bei Weimar ebenfalls in einem Umfang aufstellen lassen, daß für sein „Volk“ kaum noch ein nicht verbotener Weg übrig blieb. Das „Volk“ hat aber nach dem 8. November 1918 kurzen Prozeß mit diesen Tafeln gemacht. Der Rangsdorfer pocht anscheinend noch auf seine Herrenrechte und Sonntags stellt er in die Nähe des schönen Uferwegs unterhalb der Landstraße nach Dahlewitz seinen „Hörster“ auf, damit dieser einen Schreckschuß abgibt, sobald es ein harmloser Spaziergänger wagt, diesen „feudalen“ Weg zu betreten.

Wo bleibt das Recht, das die Ufer der märkischen Seen und die Waldwege für die Allgemeinheit freigibt? Und wo bleibt die Verstaatlichung der Privatforsten, die längst reif dafür sind?

Die Berliner Sicherheitspolizei an ihren Kommandeuren.

Dem neuen Leiter der Sicherheitspolizei, Major Kaupisch, hat die Ortsgruppe Berlin des Wirtschaftsverbandes der Beamten der Sicherheitspolizei Deutschlands eine Vertrauens- und Gebührgabe überreicht, in der es u. a. heißt:

Ihr Name bietet uns die Gewähr, daß ein neuer Geist, der Zeit entsprechend, in der Führung der Berliner Sicherheitspolizei eingeleitet ist und daß die Sicherheitspolizei zu dem gemacht wird, was sie in Wirklichkeit sein soll und zu dem sich die Beamten in Unteroffiziersrang und gewiß auch viele Beamten im Offiziersrang dem Vaterlande zur Verfügung gestellt haben. Wir Beamte i. N. sehen es als unsere Aufgabe an, die Verfassung und die vom Volke eingesetzte Regierung zu schützen. Wir sind zum Schutze unseres Volkes da und wollen unseren Volksgenossen ein Helfer und Berater in der Not und den Verbrechern ein Schrecken sein.

Wir verlangen wir nicht in diesem Sinne gefährt worden, und mit unserem guten Willen und mit unserem Ehrgefühl ist man leichtfertig umgegangen. Daher auch der Zwiespalt in unseren Reihen und das Mißtrauen gegen die Beamten im Offiziersrang, das wieder wacher wurde, da viele derselben ihre Freude über das Gelingen des Kapp-Putsch zu deutlich Ausdruck gegeben haben.

Wir Beamte i. N. stellen uns reiflos mit unserem besten Willen und können zur Verfügung. Dafür verlangen wir nichts Unmögliches, sondern nur eine anständige Behandlung, wie sie einer Beamtenstellung gebührt, deren Beruf mit einer ständigen Gefahr für Leben und Gesundheit verbunden ist. Wir verlangen Führer, die in uns nicht den Soldaten sehen, das willenlose Werkzeug ihrer event. Sonderbestrebungen, sondern die uns auch als vollwertige Menschen betrachten, die ebenfalls Ehrgefühl und Vaterlandsliebe besitzen. Führer, die uns in jeder Hinsicht ein Vorbild sein können, damit wir mit Lust und Liebe den Aufgaben des schweren Polizeidienstes gerecht werden, und die auch das Ihrige dazu beitragen, daß wir unseren

grünen Rock in Ehren tragen können und von allen unseren Mitbürgern geachtet werden.

Auf Grund von Verhandlungen des Vorstandes des Wirtschaftsverbandes der Sicherheitspolizei Deutschlands mit den Ministerien des Innern ist verfügt worden, daß sämtliche anlässlich des Kapp-Putsch entlassenen Beamten unterzüglich wieder einzustellen sind. Die entlassenen Beamten wenden sich sofort an das Geschäftsamt des Wirtschaftsverbandes, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Str. 8. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß am 7. April eine Kommission zusammentritt, an der gewählte Vertreter der Sicherheitspolizei Deutschlands teilnehmen, die über die Reorganisation der Sicherheitspolizei, sowie über wirtschaftliche und dienstliche Fragen (Dienstordnung, Beamtenauschüsse, Beförderungen usw.) mit dem Ministerium des Innern beraten wird.

Eile mit Weile!

Bei den Braunkohlenschiefer-Ausfertigungsstellen, die in Berlin noch für die Verteilung der billigeren Weib-, Woll- und Wollläden (der sogenannten Magistratsware) in geringer Zahl bestehen, kann die Zahl der Antragsteller nur unter sehr erheblichem Zeitverlust abgefertigt werden. Auf unsere in Nr. 132 veröffentlichte Schilderung der Zustände, die bei der Ausfertigungsstelle in der Kopenstraße herrschen, schied uns jetzt die Vorkaufsstelle des Magistrats eine Erwiderung. Indem sie zugibt, daß auch ihr dieses Übel längst bekannt ist, bedauert sie, daß ihre bisherigen Abhilfeversuche nicht den gewünschten Erfolg gebracht haben. Die Notwendigkeit einer weiteren Vermehrung der Ausfertigungsstellen oder einer stärkeren Besetzung mit Personal scheint ihr immer noch nicht einzufließen; wenigstens sagt sie kein Wort davon, daß etwas dergleichen beabsichtigt sei. Dagegen empfiehlt sie, die Angelegten nicht zur Eile zu mahnen, weil solche Mahnungen „nur dazu beitragen, die Nervosität zu steigern und den Betrieb zu verlangsamen“. Gleichzeitig weist sie darauf hin, daß Entwürfe auch schriftlich gestellt und unter genauer Angabe der gewünschten Ware sowie unter Beifügung der Steuergutattung und des Wohnungsausweises eingelaßt werden könnten. Von dieser Einrichtung, die den Antragstellern die lästige Wartzeit erspart, sollte möglichst Gebrauch gemacht werden.

Neue Preiserhöhung.

Die am 1. April in Kraft getretene Erhöhung der Erzeugerpreise für Braunkohlenschiefer zwingt den Kohlenverband Groß-Berlin ab 8. April die Zentnerpreise für Braunkohlenschiefer um 2,30 M. zu erhöhen. Es beträgt nunmehr der Preis für Aachen- und Dfendrand bei Selbstabholung 14,80 M. bei Lieferung frei Erdgeschloß oder Keller 15,80 M. per Zentner. Wie lange??

Die Kohlenstelle fordert alle Inhaber von Kohlenarten auf, die für den Kohlenbezug nicht mehr gültigen Abschnitte selbst abzutrennen und in eigenen Gewahrsam zu nehmen, nicht aber dem Kohlenhändler zu übergeben, der diese Abschnitte jetzt nicht mehr abnehmen darf.

Rückgang des Berliner Fremdenverkehrs.

Die Wirkung der Eisenbahntarifierhöhung, vielleicht aber mehr noch die Wirkung des Putschs vom 18. März drückt sich in einem Rückgang des Berliner Fremdenverkehrs im März sehr empfindlich aus. Mit 89 228 Fremden bleibt der ständige März gegenüber dem 20-jährigen Februar um rund 20 000 Besucher zurück. Auch nach Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs beim Ablauf des Streiks haben sich die Fremden, angesichts der unklaren Verhältnisse, nur sehr zögernd zur Reise nach Berlin entschlossen. Von der ständigen starken Hotelfüllung war in den letzten Wochen nicht mehr die Rede. Bemerkenswert bleibt nach der Zusammenstellung der Zentralstelle für den Fremdenverkehr Groß-Berlins, daß Wachsen des Besuchs aus dem Ausland, insbesondere aus den bisher feindlichen Ländern. An der Spitze erscheint Desterreich mit 1290 Gästen, es folgt Polen mit 1152, Schweden mit 964, Holland mit 941, Rußland mit 803, Dänemark mit 887, Norwegen mit 400, aus England waren im März 432 Gäste zu verzeichnen, aus Amerika 370, aus Frankreich 312, aus Italien 181, Belgien 108. Zu erwähnen sind noch 294 Besucher aus der Schweiz, 220 aus den Balkanstaaten, 251 aus Ungarn, 149 aus Spanien, 108 aus der Türkei, 98 aus Ägypten, 87 aus Afrika.

Wo sieht es sich auch billiger leben als bei einem armen Mann, den man jetzt nach den unbegrenzten Möglichkeiten der Volata mit einem Scherstein abspülen kann. Auf diese Ruhezieher sind wir nicht sonderlich verpicht.

Warnung Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener vor Winkelfonkulenten!

Trotz aller Aufklärungsversuche kommen immer wieder Fälle vor, in denen Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene unüberlässigen Personen, die besonders nahe Beziehungen zu den Fürsorgestellen und Versorgungsbehörden vorzuziehen, ihre Vertretung übertragen. Diesen Leuten, die häufig nicht über die einfachsten Kenntnisse in Versorgungs- und Fürsorgefragen verfügen und nicht einmal wissen, welche Stellen zuständig sind, ist es nur darum zu tun, von den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen eine oft recht erhebliche Summe als „Vorkauf“ oder „Gebühr“ zu erhalten. Dieses Geld ist eine vollkommen überflüssige Ausgabe, die sich die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ohne weiteres ersparen können. Der sicherste und richtigste Weg in allen Versorgungs- und Fürsorgefragen ist für sie immer, wenn sie sich schriftlich oder mündlich an die amtliche Fürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge ihres Aufenthaltsortes wenden. Diese stellt ihnen jederzeit in allen Fragen bereitwillig ihren Rat zur Verfügung und hilft ihnen auch mit der Tat gern, soweit es in ihren Kräften steht.

Immer noch „Anstalt“. Auf dem Seddiner See bei Schandau liegt ein Bootschiff für Arbeiter der staatlichen Wasserbauverwaltung. In den Osterferien saßen die aus Berlin kommenden Ausflügler am dem Schiff die mit schwarzer Farbe auf das Holz gemalte Aufschrift: „Kgl. Wasserbauamt für Bestenwald“. Ein einziger Pinselstrich würde hier genügen, den Juch „Kgl.“ zu vernichten. Warum ist das bis auf den heutigen Tag nicht geschehen? Nachher wird es zum Skandal, daß selbst die ohne viel Mühe und Kosten wegzurückgehenden Hinweise auf die monarchische Vergangenheit Preußens immer noch nicht sämtlich beseitigt sind. Es mag sein, daß die Unterlassung meist aus Dummheit zu erklären ist. Solche Aufschriften wirken aber wie eine freche Behöhnung der republikanischen Staatsform. Wird man nicht endlich überall die verantwortlichen Personen mit der Rufe auf ihre Pflicht rufen?

Wer ist der Erschossene? Am 24. v. M. wurde an der Kottbener Allee in Berlin-Nordwest von einem Soldaten ein Mann erschossen, der seiner Verhaftung heftigen Widerstand entgegensetzte. Der unbekanntes Lote ist etwa 35 bis 40 Jahre alt und 1,70 Meter groß, hat blondes kurzgeschneittenes Haar mit Glatze, einen blonden, gestutzten Schnurrbart, am rechten Unterarm eine Tätowierung, zwei über Kreuz liegende Schlüssel, einen Dampfregulator und ein Winkelmaß mit der Jahreszahl 1890 oder 1896 darstellend und trug einen schwarzen, feinen Hut, ein blaues Jackett, eine schwarze, zweireihige Weste, eine schwarze Hose, einen Stummelgezaugten, schwarzen, halbe Schnürschuhe und schwarze Gamaschen. Wer über ihn nähere Angaben machen kann wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei zu Berlin-Nordwest zu melden.

„Vorwärts“-Nummern gesucht. Für Archivzwecke werden aus dem Jahre 1914 folgende Nummern gesucht: 1. bis 25. Juli, 7. bis 8. Dezember 1914. Da es sich um „Vorwärts“-Bände für Bibliotheken handelt, bitten wir unsere Vertriebsstellen und Leser, welche die gesuchten Nummern noch besitzen, uns dieselben gegen Erstattung der Unkosten zur Verfügung zu stellen. Vorwärts-Verlag, Lindenstr. 8, 1. Trp.

Sportpark Treptow. „Großer Osterpreis“, Dauerrennen in zwei Läufen über je 1/2 Stunde. 1. Lauf: 1. Appelhanz 32,180 Kilometer, 2. Lewanow 32,178 Kilometer, 3. Solow 31,999 Kilometer, 4. Wittig 31,990 Kilometer. — 2. Lauf, der eingetretene Dunkelheit wegen auf 1/4 Stunde beschleunigt: 1. Lewanow 15,960 Kilometer, 2. Wittig 15,710 Kilometer, 3. Solow 15,490 Kilometer, 4. Appelhanz 15,310 Kilometer. Gesamtergebnis: 1. Lewanow 48,108 Kilometer, 2. Appelhanz 47,400 Kilometer, 3. Solow 47,140 Kilometer, 4. Wittig 46,980 Kilometer. — Mannschaftsverfolgungstrennen. I. Mannschaft: Münzner, Kops, Trahner, Müller, Petri gegen die II. Mannschaft: Hahn, Kandelbacher, Lehoff, Stolz, Abraham. Der Sieg fiel an die II. Mannschaft nach jurisdizologischen 230 Metern in 4 Min. 56 Sek. — Osterpreis für 1/2 Meile. I. Lauf: 4 Kunden: 1. Abraham 2 Min. 35 Sek., 2. Münzner, 3. Hahn, 4. Müller. — 10-Kilometer-Prämienfahren: 1. Reinas 7 Min. 15 Sek., 2. Dahnle, 3. Kops, 4. Abraham.

Eingebrosen wurde in der Nacht vom 6. zum 7. April in das Bureau des Zentralverbandes der Fleischer, Abteilung Viehhof, Jandorfer Str. 32 I. Geflohen wurde die Schreibmaschine Oliver Modell 5 Nr. 314056. Selbige kommt von der Firma Erich Bach, Landsberger Str. 72. Vor Anlauf dieser Maschine wird gewarnt. Gest. Mitteilungen werden an obige Adresse erbeten.

Segen der Erde.

Roman von Kurt Gamsun.

Erster Teil.

1.

Der lange, lange Pfad über das Moor in den Wald hinein, wer hat ihn ausgetreten? Der Mann, der Mensch, der erste, der hier war. Für ihn war noch kein Pfad vorhanden. Später folgte dann das eine oder andere Tier der schwachen Spur über Sümpfe und Moore und machte sie deutlicher, und wieder später schnupperte allmählich der oder jener Lappe den Pfad auf und benutzte ihn, wenn er von Berg zu Berg wanderte, um nach seinen Rentieren zu sehen. So entstand der Weg durch die weite Allmunde, die niemand gehörte, durch das herrenlose Land.

Ein Mann wandert des Wegs in nördlicher Richtung dahin. Er trägt einen Ruckack, den ersten Ruckack, der Rundvorrat und einiges Handwerkzeug enthält. Der Mann ist groß und stark gebaut, er hat einen roten Vollbart und kleine Narben im Gesicht und an den Händen — diese Wundenzeichen, hat er sie sich wohl bei der Arbeit oder im Kampf geholt. Er kommt vielleicht aus dem Gefängnis und will sich verbergen, vielleicht ist er ein Philosoph und sucht Frieden, jedenfalls aber kommt er dahergewandert, ein Mensch mitten in der ungeheuren Einsamkeit. Er geht und geht, still ist es ringsum, kein Vogel, kein Tier ist zu hören, bisweilen redet er ein paar Worte mit sich selbst. „Ach ja, Herrgott im Himmel!“ sagt er. Wenn er auf seiner Wanderung an Moore und wirtliche Stellen oder offene freie Blöße im Walde kommt, legt er seinen Ruckack ab, geht umher und untersucht die Bodenverhältnisse; nach einer Weile kehrt er zurück, nimmt seinen Ruckack wieder auf den Rücken und wandert weiter. So macht er den ganzen Tag fort, er steht an der Sonne, welche Zeit es ist, es wird Nacht, da legt er sich ins Heidekraut und ruht mit dem Kopf auf dem Arm.

Nach einigen Stunden wandert er weiter. „Ach ja, Herrgott im Himmel!“ Er geht immer geradewegs nach Norden, steht an der Sonne die Tageszeit, hält Mittagsrast mit einem Stück Hartbrot und Bierkäse, trinkt Wasser aus einem Bach dazu und setzt seinen Weg fort. Auch diesen ganzen Tag

wandert er ununterbrochen weiter, denn er muß sehr viele wirtliche Plätze im Walde untersuchen. Ob nach der Gegend, ob nach Bodenbeschaffenheit? Er ist vielleicht ein Auswanderer aus den Dörfern, denn er schaut sich scharf und spähernd um, manchmal erstiegt er auch einen Hügel und späht von da umher. Jetzt ist die Sonne wieder am Untergehen.

Er befindet sich jetzt auf der Westseite eines langgestreckten Tales mit gemäßigtem Wald, hier ist auch Laubwald und Weidestellen mischen sich hinein, stundenlang geht es so fort; es dämmert, aber der Mann hört das Rauschen eines Flusses, und dieses leichte Rauschen ist wie etwas Lebendiges und muntert ihn auf. Als er die Höhe erreicht, sieht er das Tal im Halbdunkel vor sich liegen und weit draußen nach Süden den Himmel darüber. Am legt er sich schlafen.

Am Morgen steht er eine Dankschiff mit Wald und Weideland vor sich ausgedehnt. Er steigt hinunter: da ist eine grüne Aue, weit unter blüht der Fluß hervor und ein Hofe steht mit jedem Sprung hinüber. Der Mann nickt, wie wenn es ihm sagte, daß der Fluß nicht breiter sei als ein Gosenprung. Ein brütendes Schneehuhn flattert plötzlich zu seinen Füßen auf und sitzt ihn feindselig an, und wieder nickt der Mann; hier sind Tiere und Vögel, das wagt abermals! Seine Füße waten durch Blaubeerenbüsche und Preiselbeertraut, durch liebengesackte Waldsterne und niedere Farnkräuter; wenn er da und dort anhält und mit einem Eisen in der Erde gräbt, findet er hier Walderde und dort mit Laub und vertroteten Zweigen seit Tausenden von Jahren gelagten Moorboden. Der Mann nickt, hier will er sich niederlassen, ja, hier sich niederlassen, das will er. Noch zwei weitere Tage streift er in der Gegend umher, kehrt aber am Abend immer wieder zu dieser Gasse zurück. Des Nachts schläft er auf einem Lager aus Tannenzweigen, er ist ganz daheim hier, er hat ja schon ein Lager unter einem Felsvorsprung.

Das schlimmste war gewesen, den Ort zu finden, einen Ort, der niemand gehörte, der sein war; jetzt kamen die Tage der Arbeit. Er fing sofort an in den etwas weiter entfernten Wäldern Rinde von den Birken zu schälen, jetzt, während der Soff noch in den Bäumen war. Dann legte er die Rinden fest zusammen, beschwerte sie mit Steinen und ließ sie trocknen. Wenn er eine große Last heimammen hatte, trug er sie die vielen Meilen zurück ins Dorf und verkaufte sie als Baumaterial. Und auf seine Gasse dort droben brachte er neue Gasse mit Lebensmitteln und Werkzeug heim: Mahl, Speck, einen Kochtopf, einen

Spaten; unerdrossen wanderte er den Pfad hin und her und schleppte sich ab. Ein geborener Rastträger, ein Brahmi, der durch die Wälder ging, o es war, als ließe er diesen seinen Beruf, viel zu gehen und viel zu tragen, als ob es ihm ein faules Dasein dünkte und kein Dasein für ihn, keine Last auf dem Rücken zu haben.

Eines Tages kam er dahergewandert mit seiner schweren Last auf dem Rücken und außerdem mit zwei Ziegen und einem jungen Vack an der Leine. Er war so beglückt über die Ziegen, gerade als ob es Kühe wären, und er war gut gegen sie. Der erste fremde Mensch kam vorüber, ein wandernder Lappe. Dieser erriet, daß er auf einen Mann traf, der sich da niedergelassen hatte, und sagte:

„Wirst du hier dauernd wohnen?“ — „Ja,“ antwortete der Mann. — „Wie heißt du?“ — „Jaf. Weist du keine Wagg für mich?“ — „Nein, aber ich will darüber reden, dort, wohin ich gehe.“ — „Ja, tu das?“ Sag, daß ich Haustiere habe, aber niemand, der sie besorgt.“

Jaf also, ja, auch das wollte der Mann ausdrücken. Der Mann auf der Gasse war kein Flüchtling, er sagte seinen Namen. Er ein Flüchtling? Dann hätte man ihn aufgespürt. Er war nur ein unverdrossener Arbeiter, er sammelte Winterfutter für seine Ziegen, fing an Boden urbar zu machen, einen Acker unzuwachsen, Steine wegzulassen, Steinmauern aufzurichten. Im Herbst hatte er eine Wohnung fertig, eine Erdbütte, eine Gasse; die war dicht und warm, sie trug die Erde in den Fugen beim Sturm, und sie konnte nicht abbrechen. Er konnte in diese Heimstätte hineingehen, die Tiere hinter sich zumachen und da drinnen bleiben, oder er konnte, wenn jemand vorbeikam, vor der Türöffnung stehen und sich als den Herrn seines Hauses zeigen. Die Gasse war in zwei Gefasse geteilt; in dem einen wohnte er selbst, in dem andern seine Tiere. Ganz innen unter dem Felsen hatte er seinen Heuboden errichtet. Alles war da.

Wieder kamen ein paar Lappen vorüber, Vater und Sohn. Sie bleiben stehen, spähten sich mit beiden Händen auf ihre langen Stöcke, betrachteten die Hütte und das urborgemachte Land und hörten die Ziegenlocken auf der Gasse.

„Ja, guten Tag,“ sagten sie, „hier ist ja vornehme Herrschaft eingezogen.“ Die Lappen versuchten einem immer um den Bart zu gehen.

„Ihr wißt wohl keine Wagg für mich?“ dreht Jaf, denn er hat nur das eine im Kopf.

(Fort. folgt.)







Land besetzt und den Kapppistenmajor Schulz mit einem Kommando gegen Rülheim entsandt, nachdem die Arbeiter sein Zerklopp teilweise gesprengt hatten.

Die Waffenabgabe in den besetzten Orten fortschreit. In Rülheim wurde der Volksgewalt abgelehnt und ein Ordnungsausschuss aus den Koalitionsparteien und den Unabhängigen gebildet. Vorläufig versehen noch 80 Arbeiter den Sicherheitsdienst. Eine Wehr auf paritätischer Grundlage wird vorbereitet.

In Dortmund sind begreiflicherweise vor dem Reichswahleinmarsch der Volksgewalt und der Arbeiterzeit verschwunden. In Essen ging die Arbeiterwehr scharf gegen die Plünderer vor; der Eisenbahnerstreik ist beendet. In Duisburg gab es angeblich Kämpfe, es wurden aber nur Zivilisten getötet. Mülheim, Wesseln, Bochum und Essen sind besetzt. Bei Strupp und in den Bergwerken wird gearbeitet. BDA behauptet, daß die roten Truppen nach Karmen gezogen sind. Offenbar will man es auch beißen. Andererseits wird gemeldet, daß zahlreiche Rotgardisten in die (besetzte) Solinger Gegend kommen und dort von den Engländern entlassen werden.

Bei Bönen unweit Dortmund wurde am Sonnabend ein Reichswahleinmarsch abgelehnt, der Führer konnte sich retten. Dortmunder Banditen erschossen die Unteroffiziere eines Magistralzuges und hoben von der Reichsbank 92000 M. ab, 75000 M. hatten sie vorher schon gestohlen und 30000 M. gestohlen.

Die vorkommende Gewalt ist wieder in den Händen der rechtmäßigen Behörden, die Aktionsausschüsse beschränken sich auf die ihnen im Rülheimer Abkommen übergebenen Aufgaben.

In der „Freiheit“ hat der Sopener Unabhängige Ernst die Möglichkeit der Volksgewalt, daß auch er den Reichswahleinmarsch verlangt habe, nachdrücklich bestritten.

### Dutschnachwehen.

Die Brigade Ehrhardt, deren Transport mit Waffen nach Lodsch die Bombardierung abgelehnt haben, soll jetzt nach dem Munsterlager kommen, ebenso die Truppe Loewenfeld, die in Lodsch haust.

Gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten und jetzigen kommunistischen Herrn des Voglandes Hölz in Hohenstein-Plauen will die Dresdener Regierung Reichswahleinmarschieren lassen.

Nach den Enthaltungen der „Münchener Post“ war dort der Oberputsch ein Dr. Kiefer, Vertrauensmann des Hauptmanns Köst; auch Dr. Heim soll hineingeraten sein.

Die gemahregelten Berliner Sicher heitskämpfer sind wieder eingeteilt. 14 höhere „Ordnung“ wegen Hauptmannschaft entlassen oder entlassen. Eine Konferenz von Weimarer und Geraer Persönlichkeiten beim Reichswahleinmarsch soll Klarheit über die Vorgänge beim Bundesjägerkorps bringen. Die Dutschereignisse beim Pionierbataillon 15 sollen durch eine unparteiische Kommission untersucht werden, der auch Pioniere dieses Bataillons und ein Parlamentarier angehören.

Die Bewegung für die rheinische Republik scheint sich zu verflüchten, die Haltung des rheinischen Zentrums nicht ganz klar zu sein.

Die Wasserwerke in Bremen schließen den Betrieb und entlassen sämtliche Arbeiter infolge von Unruhen.

### Der Konflikt in Wilhelmshaven.

In unserer Mitteilung in der Montag-Morgenausgabe, nach der die der Beteiligung am Kapp-Putsch verdächtige Seeoffiziere aus der Haft entlassen worden seien, wird uns aus dem Reichswahleinmarsch mitgeteilt, daß die Entlassung nicht auf Grund eines Befehls des Reichswahleinmarsches erfolgt sei. Vielmehr legten die Offiziere über die Schutzhäft beim Reichsmilitärgericht Beschwerde ein, die von dem Reichsmilitärgericht für berechtigt anerkannt wurde, worauf die Entlassung der Offiziere nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen erfolgen mußte.

An der Tatsache selbst, von der wir Mitteilung gemacht hatten, wird durch diesen Bericht nichts geändert: Die Gekerkerten sind aus der Haft entlassen worden! Wenn dies auf Grund einer Verurteilung des immer noch bestehenden Militärgerichts erfolgen konnte, so spricht dieser Umstand nicht für die Offiziere sondern gegen das Militärgericht.

Nachdem nunmehr das neue Reichsgesetz verkündet ist demzufolge auch die Vergehen der Militärpersonen während des letzten Putsches von Zivilgerichten abgewiesen werden sollen, hat die Reichsregierung veranlaßt, daß seitens der Zivilgerichte mit größter Beschleunigung die gegen die Wilhelmshavener Seeoffiziere erhobenen Beschuldigungen aufgearbeitet werden.

Offentlich werden diese Bemühungen nicht auch durch irgendwelche juristischen Schwundigkeiten vereitelt!

Berlin, 6. April. (BZ.) Es entspricht nicht den Tatsachen, daß der Reichswahleinmarsch Dr. Gessler den Befehl an die Marine, Wilhelmshaven zu besetzen, die dort wegen ihrer Haltung während des Kapp-Lüttich-Putsches verhafteten Offiziere freizulassen. Vielmehr hatten diese in Schutzhäft befindlichen Offiziere von dem Reichsmilitärgericht Gebrauch gemacht und Beschwerde beim Reichsmilitärgericht eingelegt. Das Reichsmilitärgericht hat die Beschwerde für berechtigt anerkannt. Daraufhin mußten auf Grund des Gesetzes die Offiziere aus der Haft entlassen werden. Der Reichswahleinmarsch hat lediglich diese Entscheidung des Reichsmilitärgerichts an die Marinestation Wilhelmshaven weitergegeben. Nachdem nunmehr das neue Reichsgesetz verkündet ist, demzufolge auch die Vergehen der Militärpersonen während des letzten Putsches von Zivilgerichten abgewiesen werden sollen, hat die Reichsregierung veranlaßt, daß die Zivilgerichte mit größter Beschleunigung die gegen die Wilhelmshavener Seeoffiziere erhobenen Beschuldigungen aufklären.

### Im Vorspann der Reaktion.

#### Ein politisierender Reichswahleinmarsch.

Die Reichswahleinmarsch soll bekanntlich unpolitisch sein. Nichtsdestoweniger beweist die Art und Weise, wie gewisse Offiziere sich betätigen, daß sie offen dieses Erfordernis verhöhnen. Einer der schärfsten Reaktionen, der seine Stellung als Major zu Werbedienst für die Deutsch-nationale Volkspartei mißbrauchte, ist ein Major Starke, der als stellvertretender Chef des inzwischen aufgelösten Generalstabs des V. Armeekorps in Glogau vor einigen Wochen im Korps-Verordnungsblatt folgendes veröffentlichte:

Es werden sehr häufig unter günstigen Bedingungen Parteisekretäre für die Deutsch-nationale Volkspartei und Deutsche Volkspartei gesucht. Diese Stellen sind für in der Rede „schlagfertige“, politisch interessierte Offiziere durchaus geeignet. Meldungen für solche Stellen liegen leider bisher überhaupt nicht vor. Herren, die sich dafür geeignet halten und bereit sind, eine derartige Stellung anzunehmen, werden gebeten, dies mitzuteilen.

Für den Chef des Stabes: Starke, Major.

Dieser Freund „schlagfertiger“ Offiziere gab während des Kapp-Putsches in Frankfurt a. D. seine Gastrolle und befindet sich zurzeit bei der Reichswahleinmarschstelle in Frankfurt a. D. Offenbar soll er Gelegenheit erhalten, von dort aus als Offizier in der Reichswahleinmarsch der deutschen Republik den Werbedienst für die Deutsch-nationalen besonders erfolgreich zu gestalten. Wäre es nicht richtiger, wenn er selbst seine militärische Tätigkeit niederlegte und sich offen in den Dienst der monarchistischen Parteien einstellte? Uns wenigstens dünkt dieses unehrliche Doppelspiel höchst widerwärtig und verwerflich.

### Holland in Not.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Genosse Legien sollte als Mitglied des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu einer Vorstandssitzung am 18. d. M. nach Amsterdam kommen. Dem von der deutschen Regierung bereitwillig ausgesetzten Paß wurde von der holländischen Gesandtschaft das Visum für die Einreise verweigert. Genosse Legien hat daraufhin an den Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Genossen Ludageest folgendes Telegramm geschickt:

Holländische Gesandtschaft hat mit Paßvisum verweigert. Bitte hierher kommen. Einfaht nach Deutschland frei.

Die holländische Regierung wird für diese Paßverweigerung von unseren Genossen in den Generalstaaten sicherlich gründlich zur Rechenschaft gezogen werden. Sollte sie Legien mit Lenin verwechselt haben?

### Prof. Nicolai gegen das Senatsgutachten.

Professor Nicolai sendet uns folgendes zur Veröffentlichung: Auf das mich betreffende Senatsgutachten komme ich ausführlich zurück, wenn mir der authentische Text vorliegt, den ich vorläufig nur aus Nr. 127 des „Berliner Tageblatt“ kenne. Dazu habe ich nur zu erklären, daß sämtliche darin aufgestellten angeblichen „Feststellungen“ glatte Unwahrheiten und — da der Senat die Akten kannte — mit ihm bewußte Verleumdungen sind.

1. Ich habe nicht „aus sicherem Port den Feinden vergiftete Waffen geliefert“, vielmehr ist meine „Biologie des Krieges“ erschienen während ich in Deutschland in der Gewalt der Militärbehörden war. Erst zwei Jahre später ging ich nach Dänemark.

2. Ich habe nie auch nur einem einzigen Soldaten des Lazarets empfohlen, Kriegsdienst und Eid zu verweigern.

3. Ich habe nie auch nur im entferntesten „mit den Feinden gemeinsame Sache gemacht“.

Andere „Feststellungen“ sind nicht gemacht — alles andere sind politische Urteile. Wegen dieser Verleumdungen werde ich Straf-antrag stellen.

4. Ich habe mich dem Urteil nicht unterworfen, vielmehr habe ich schriftlich in aller Form gegen das Verfahren protestiert.

5. Zur Vorgeschichte bemerke ich: Der Rektor hat mich zuerst sehr kühl empfangen. Dann ließ er mir sagen, er habe seine Meinung geändert. Bei neuerlicher Zusammenkunft sprach er mir sein Bedauern über sein Benehmen aus (er streifte mir beide Hände entgegen und nannte mich „lieber Kollege“), weil er „aus den Akten gesehen, ich hätte anständig gehandelt und sei insbesondere ja gar kein Defektist“. Darum sei er nunmehr bereit, mich zu schützen und zu verteidigen. Diesen Schutz habe ich akzeptiert. Später, im Verlauf einer sehr liebenswürdig geführten Unterhaltung machte er mich darauf aufmerksam, daß es aus formalen Gründen, um dem Verfahren einen Rechtsboden zu geben, notwendig sei, daß ich das Urteil des Senats von vornherein anerkenne. Auf meinen Einwand, ich könne doch unmöglich auf die Entscheidung des allein zuständigen, mir zweifellos gütig gestimmten Ministeriums verzichten zugunsten eines Urteils von Ränkern, die sämtlich, wie ich wohl wisse, meine Feinde seien. Er aber meinte, es sei ja nur eine Formsache, auf politische Meinungsverschiedenheiten werde man in keiner Weise eingehen, und außerdem müsse es mir doch angenehmer sein, von meinen Kollegen freigesprochen zu werden. Nachdem ich das Protokoll unterschrieben, war der Herr Rektor wie aufgetaucht und hat mich wie wieder „lieber Kollege“ genannt.

Da das endgültige Urteil, das ganz anders ausgefallen ist, als er es mir für seine Person versprochen, einstimmig, also auch vom Rektor, gefaßt ist, erweist sich die Handlungsweise des Herrn Ed. Weher als eine solche, die mit der eines „Agent provocateur“ auf eine Stufe zu stellen ist.

Prof. G. N. Nicolai.

### Die Gewerkschaften und die Preussische Regierung.

Aus der preussischen Landesversammlung wird uns geschrieben: Der „Vorwärts“ bringt eine Rundgebung der Gewerkschaften. Diese Rundgebung entspricht nicht den Tatsachen und gibt über die Entschuldigungen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ein falsches Bild.

Zunächst ist festzustellen, daß sich die sozialdemokratische Fraktion und das Zentrum bedingungslos auf die Forderungen der Gewerkschaften verpflichtet haben. Die demokratische Fraktion hat die Erklärung abgegeben, daß sie diese Forderungen, soweit sie für Preußen in Betracht kommen, annehme. Mit dieser Feststellung verstimmt er erst einmal die Behauptung, die Ablehnung der Vorlage hätte Krüger und Graf sei „ein Entschuldigungsamt an die parlamentarischen Kreise, die der mit den Gewerkschaften getroffenen Vereinbarung abweichend gegenüberstehen“. Das Programm der Gewerkschaften beruht also die Ablehnung der Genossen Krüger und Graf als Ministerpräsidenten in keiner Weise.

Der Genosse Krüger war weder als Ministerpräsident noch als Minister des Innern durchgesehen. Die beiden Parteien Zentrum und Demokraten erklärten diese Kandidatur als ganz unmöglich. Hierbei spielte die angeblich scharfe Tonart des Genossen Krüger gar keine Rolle, sie ist in den Verhandlungen überhaupt nicht erwähnt worden. Die beiden Parteien lehnten Krüger ab, weil er bei seinem Alter von 33 Jahren sich nicht durchzusetzen vermöge. Ihm fehlten eine langjährige parlamentarische Erfahrung und die Kenntnisse der preussischen Staatsverwaltung.

Beim Festhalten an Krüger wäre die Koalition in die Brüche gegangen. Nachdem aber im Reich an der Koalition festgehalten worden ist, wäre ein rein sozialistisches Ministerium in Preußen eine Unmöglichkeit gewesen. Infolgedessen mußten wir auf diesen Widerspruch der beiden Parteien Krüger fallen lassen.

Der Genosse Graf ist von beiden Parteien ausdrücklich angenommen worden. Sein angebliches Fehlenlassen ist also kein Entgegenkommen an gewerkschaftsfeindliche Kreise. Die Gründe für das Aufheben der Kandidatur Graf sind vielmehr folgende: Die beiden Koalitionsparteien haben ebensoviel Mitglieder wie die sozialdemokratische Partei. Sie verlangten die Wiederherstellung der Parität, die bei Errichtung des Ministeriums im vorigen Jahre angenommen war. Dieser Anspruch konnte von uns nicht abgelehnt werden. Das Verhältniß 5 sozialdemokratische und 4 bürgerliche Minister ist nur dadurch herbeigeführt worden, daß der Kriegs-

minister ausgeschlossen ist. Man einigte sich auf den früheren Minister des Innern Dreier. Dieser wurde aber von unserer Fraktion einstimmig abgelehnt. Wir machten den Vorschlag, als fünften Minister einen Zentrumsarbeiter als Minister ohne Portfeuille zu ernennen. Hierbei ließ sich aber eine Einigung nicht erzielen. Minister ohne Portfeuille wollte man in Preußen nicht schaffen. Darauf haben wir selbst die von einem Mitgliede des Gewerkschaftsbundes empfohlene Lösung angenommen, auf den Ministerpräsidenten verzichtet und beantragt, den Genossen Braun mit dem Paßvisum zu betrauen. Darauf sind beide Parteien eingegangen. Es ist also keiner der beiden Genossen den Akten geopfert worden, die den mit den Gewerkschaften getroffenen Vereinbarungen abweichend gegenüberstehen.

### Ausländisches.

Der Korrespondent der „Associated Press“ in Wladimirok telegraphiert: Die japanischen Truppen sind nach achtstündigen schweren Kämpfen in Wladimirok eingedrungen. Die ersten deutschen Gefangenen aus Sibirien sind auf der Heimfahrt.

In Wien wurde ein Ungar verhaftet, der in der Krankenanstalt ein Nachverpacket mit vergiftetem Inhalt für Bela Kahun abgegeben hatte.

Der Kongreß der belgischen Sozialdemokratie sprach sich für den Eintritt in die Regierung und für die Teilnahme am Genfer Kongreß der zweiten Internationale aus.

Gegen den vertragswidrigen Hinauswurf der deutschen Beamten in den jetzt polnisch gewordenen Gebieten ist schärfster Einspruch erhoben und dem Unterstaatssekretär Seyda in Posen eine Aussprache darüber angeboten worden.

Die Sowjetregierung hat den litauischen Vorschlag auf Einleitung von Friedensverhandlungen angenommen. Sie sollen am 15. April in Moskau beginnen. Litauen verlangt aber schon vorher die bedingungslose Anerkennung seiner Unabhängigkeit.

100 Polizeistationen in Irland sind bisher zerstört. Vor der britischen Volkshost in Washington demonstrierten am Karfreitag laufende irische Frauen. Die amerikanische Regierung hat sich bei dem Volkshost entschuldigt.

### Dänemarks neue Regierung.

#### Vorstellung im Parlament.

Kopenhagen, 6. April. Die neue Regierung Friis stellte sich heute den beiden Kammern des Reichstags vor. Der Ministerpräsident hielt eine kurze Ansprache, in der er erklärte, daß keines der Mitglieder des Ministeriums sich an der Bildung desselben beteiligt hätte, wenn nicht alle Parteien zugestimmt hätten, mit ihm zu arbeiten. Er sprach weiter den Wunsch aus, daß die Neuwahlen in kürzester Zeit stattfinden, damit ein Ministerium, das sich auf die Weisheit des Volksting gründet, in Uebereinstimmung mit dem unbedingten Wunsche des Königs (!), die Führung der Regierung übernehmen könne. Das Ministerium habe keine politischen Ziele. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Trotz der Aufhebung des Generalstreiks gehen die Bäder, die Seeleute, die Geister und die Werftarbeiter den Streik fort.

Kopenhagen, 6. April. Die Lösung der Krise ist ein vollständiger Sieg der organisierten Arbeiterkraft. Alle ihre Forderungen sind angenommen, darunter die nach Aufhebung der Absperrung der Ausfuhr, die Sicherung einer Teuerungszulage für Arbeiter sowie die Einführung von Betriebsräten und die Amnestie für alle politischen Vergehen.

Die Neuwahlen für den Folkething sind für den 22. April festgesetzt.

Das neue Kabinett stellte sich am Dienstag dem Reichstag vor und wurde von allen Parteien sympathisch begrüßt.

### Italien tut moralisch mit.

Mailand, 6. April. (BZ.) „Corriere della sera“ schreibt zu den Diskussionen über die Ereignisse in Deutschland, die im italienischen Ministerrat stattfanden, daß Italien Frankreich seine diplomatische Unterstützung gewähren werde, wenn Frankreich beschließt, militärisch vorzugehen. Eine Beteiligung italienischer Truppen an der Besetzung deutscher Städte werde als überflüssig betrachtet.

### Belgien einverstanden.

Brüssel, 6. April. Genab-Renter glaubt zu wissen, daß die belgische Regierung beschlossen habe, ihre Haltung angesichts des deutschen Vormarsches in die neutrale Zone der Haltung ihrer Verbündeten anzupassen.

### Fiume und Konstantinopel.

Das Bureau für auswärtige Verbindungen des italienischen Kommandos in Fiume hat dem bevollmächtigten Minister des osmanischen Reiches in Varna einen Brief zukommen lassen, in dem es heißt:

Das Kommando der Stadt Fiume hat mit tiefer Empörung die Nachricht von der Besetzung Konstantinopels durch die alliierten Truppen erhalten. Dieser gewaltsame Schritt, welcher in hoher Weise das Herz des Islams trifft, beleidigt auch die Gefühle der Gerechtigkeit und der menschlichen Würde, welche die Fiumaner und die Soldaten in einem unablässigen Kampf gegen die ungerechten Entscheidungen der Pariser Konferenz vereint.

Das britische Reich, das gefräßige Reich, welches, nachdem es zwanzig muslimische Völker gemordet hat, heute von Konstantinopel Besitz ergreifen will unter dem Vorwand, die griechische und armenische Bevölkerung zu schützen, hatte vor einigen Monaten versucht, sich Fiume zu bemächtigen.

Die Soldaten des Kommandanten Annunzio verfolgen die englischen Polizisten, welche, bereit zur Landung, die geplante Stadt belagerten.

Den beständigen Einsprüchen, die sich in Karaköy, in Indien, in Ägypten und in Afghanistan erhoben, will die italienische Stadt Fiume keinen Einspruch hinzufügen.

Neue Ordnungshäuser. Wir erhalten folgende Zuschrift: Etwas verspätet kommt mir die in der Nr. 173 des „Vorwärts“ enthaltene Notiz „Neue Ordnungshäuser“ zu Gesicht, in welcher Bezug genommen wird auf die in Kaulsdorf festgesetzte militärische Aktion, deren Ausführung der im höchsten Grade einseitig gemachten in Westfalen nationaler Artillerie zugewiesen wird. Das ist ein Irrtum. Die Anwendung der Bezeichnung der Waffen ging von der zu gleicher Zeit in Kaulsdorf eingerückten 8. Kompanie des Reichswahleinmarsch-Regiments 9 aus. Beide Truppenteile sollen keine Verbindung miteinander gehabt haben. Die Artillerie hatte sich lediglich auf Quartiernehmen beschränkt. Gegen das Vorgehen der Schützen ist Beschwerde beim Reichswahleinmarsch erhoben und muß das Resultat derselben abgewartet werden.

Ein böser Schwindel ist die Nachricht, daß Genosse Gustav Kahlie sich dem amerikanischen Postbeamten Gears als Sozialarbeiter verkleidet habe. Bedauerlicherweise ist die „Freiheit“ darauf hineingefallen und hat noch Glossen daran geknüpft.

# Gewerkschaftsbewegung

## Gewerkschaften und Heimstättenbewegung.

Von dem Aktionsausschuß der deutschen Gewerkschaften für das Reichsheimstättenamt (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Verband der deutschen Gewerkschafter — Einzel-Gewerkschaften —, Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Deutscher Beamtenbund), hinter dem sämtliche deutsche Berufsorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit ihren etwa 15 Millionen Mitgliedern stehen, geht uns der folgende Aufruf zu:

Ihr Männer und Frauen des Volkes, laßt euch durch keinen Namen und durch kein Schlagwort mehr blenden! Wir wollen leben! Wir verlangen Brot und Hoffnung für die Zukunft!

Wie war die Entwicklung bisher? Arbeiter, Angestellte und Beamte forderten höhere Löhne, höhere Gehälter. Die Rentenpresse ging schneeller. Mehr Geldzeichen kamen unter die Leute. Papiergeld! Die Folge war ein gleichzeitiges Steigen der Preise — wieder Unzufriedenheit und Arbeitslosigkeit — wieder Lohnsenkungen — wieder Steigen der Preise! Inzwischen, Brüderkämpfe! Soll es so weitergehen? Nein und tausendmal nein! Der Weg zu einem neuen Aufbau muß beschritten werden, zu einem Aufbau im Geiste der Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Eine unerlässliche Voraussetzung dazu ist die Vereinerung des Bodens zu einem solchen Rechte, das ihn, die Quelle allen Lebens und Arbeitens, vielfach erniedrigt hat zu einem Gegenstand des Wuchers und der Ausbeutung. Der erste entscheidende Schritt ist ein Heimstättenrecht, das jedem Volksgenossen die Möglichkeit erschließt, eine gesicherte Heimstätte für sich und die Seinen zu gewinnen.

Hunderttausend Hände werden dann neu beschäftigt, denn rings um die Heimstätte liegt der Garten! Der Boden muß in ganz anderer Weise als bisher wenigstens teilweise gärtnerischer Nutzung dienstbar gemacht werden — unter Ausschaltung jeder Spekulation. Jede Stadt muß von einem dichten Ring von Gärten umgeben sein!

Nun kurzzeit nicht gebaut werden, dann wollen wir wenigstens zur gärtnerischen Arbeit den Boden haben! Wie bald wird dann der Heimstättenboden, der bis dahin nur Kartoffeln trug, oder sogar als Spekulationsland brach liegen blieb, zwei- oder dreimal soviel Nahrungswerte hervorbringen, und zwar durch Arbeitskräfte, die bisher nach einer achtstündigen Berufsarbeitszeit feierten. Die wichtigsten Lebensgüter, Nahrung und Wohnung, werden vermehrt; das Angebot steigt. Arbeiter, Angestellte und Beamte haben außer ihrem Lohn noch die Erträge ihrer Gartenarbeit und Kleintierzucht.

Dulden wir keine Spekulation mit den Lebensmitteln und Lebensgütern, die wir dem heiligen Grunde unseres Vaterlandes verdanken!

Dulden wir keine planlose Vergeudung, keinen Wucher mit den Stoffen, aus denen wir unsere Heimstätten erbauen müssen.

Die Bodenpekulation hat unser Volk zermürbt! Teurer Boden bedeutet Mietskasernen, in denen in überfüllten Wohnungen die geistige und körperliche Gesundheit unserer Kinder vernichtet wird. Nur auf billigen, vor Wuchshänden geschütztem Boden können Heimstätten errichtet werden.

Nur solche Volksgewalt hat Aussicht bestehen zu bleiben, die sich sofort zur rettenden Tat schreitet! Als erste soziale Tat fordern wir: Vereinerung des Bodens von jeder Spekulation. Wir fordern ein durchgreifendes Heimstättenrecht!

Kein Heimstättenrecht aber wird helfen, wenn nicht in der Reichsregierung eine Stelle vorhanden ist, die alle damit zusammenhängenden Fragen einheitlich zu behandeln und nicht nur eine Stelle, die dem deutschen Volke und seinen Vertretern dauernd verantwortlich bleibt für eine ehrliche und entschlossene Durchführung dieser entscheidenden Zukunftsaufgaben. Deshalb fordern wir die sofortige Errichtung eines Reichsheimstättenamtes.

Boden darf nur eine Stätte der Arbeit und niemals eine Quelle arbeitslosen Gewinnes sein. Der deutsche Boden muß in das gesicherte Nutzungsrecht derjenigen übergehen, die ihn als Heimstättenland benutzen wollen. Wer bereits Landbesitzer als Pachtland hat, der soll ein Vorkaufrecht auf dieses Land unter dem Heimstättenrecht haben.

Jedem, der Heimstättenboden haben will, muß dieser Boden bereitgestellt werden. Volkswohl über Spekulantenvohl! Nur so kommen wir zur Anerkennung ehrlicher Arbeit und zur inneren Ruhe!

### Achtung! Zimmerleute!

Da bei der Firma Siemens & Halske, Straße Nord-Südbahn, nach dem Generalfreie die Wiederaufnahme der Arbeit durch die Vaulleitung nicht ohne Weiteres vorgenommen werden sollte, ist hiermit die Sperre über die Vaulstraße Nord-Südbahn der Firma Siemens & Halske verhängt.

Zentralverband der Zimmerer. Jahrestelle Berlin und Umgegend.



# Was jede Dame wünscht

ist modern und elegant zu sein. In gediegener Eleganz gebildet heute für den Gebrauch auf der Straße, in Geschäften, im Theater usw. eine schöne Lorgnette statt des Aneifers oder der Brille.

Die neuen Rubin-Lorgnetten sind von so ansprechender, vornehmer Ausführung, daß jede Dame sich immer von neuem darüber freut, weil die Rubin-Lorgnette ihr Gelegenheit gibt, ihren guten Geschmack zu zeigen und bei der Handhabung weibliche Grazie zu entfalten. Die Auswahl in aparten Formen ist reichhaltig sowohl in gediegenen Silber-, Zula- und Teledomastern, als auch besonders in den wunderschönen, goldplattierten Lorgnetten, für deren goldartiges Aussehen wir drei Jahre garantieren.

**Kostenlos**

prüfen wir Augen und Sehkraft mit Sorgfalt und garantieren für passende Gläser sowie für Haltbarkeit aller Fassungen von 8.50 M. an. Die Garantie währt 3 Jahre, und in dieser Zeit machen wir „alle Reparaturen unsonst“, selbst wenn die Fassung durch Ihre Schuld zerbrochen wird. Nur für Horntelle, Schildpatt und zerbrochene Gläser haben Sie zu zahlen.



## Optiker Rubinke

Verlangen Sie noch ungelesen die Broschüre 'Optiker Rubinke' und in Zahlung genommen

Schöneberg Danziger Str. 21, nahe Hauptstr.	SO Oranien-Str. 44 zwischen Warsch- und Oranienplatz	C Spittelmarkt oder Markt	W Friedrich-Str. 193 a Gde. Leipziger Str.	ANW Friedrich-Str. 150 AN Gde. Dorotheenpl.	Friedrich-Str. 168 Gde. Singelpl.	Charlottenburg: Zammitz-Str. 15 Gde. Marburger Str.
Friedenau Königs-Platz 18, nahe Hauptstr.	S Kottbuser Damm 10 nahe Jandorf	Alexander-Platz nahe Kl. Ring	Leipziger Str. 113 Gde. Kaiser-Str.	N Chaussee-Str. 72 nahe Märkte	Jugend-Str. 164 Gde. Dorotheenpl.	Johannisthaler Straße 2 nahe Hofstr.
Neukölln Bergr. 4, Gde. Hauptstr.	O Franzfurter Allee 14 nahe T. 123	SW Delle Allee 4 nahe Jandorf	Claf-Str. 1 Gde. Hasenauer Str.	Schönhauser Allee 81 an W. Parkring	Jugend-Str. 117 an Dorotheenpl.	Wilmersdorf: Falkenberg-Str. 127-128 nahe Ullrichstr.
Spandau: Droth Str. 18, nahe Markt						

**Crustarteil der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.** Donnerstag, den 8. April, abends 7 Uhr, in der Saalerei Königsplatz, Schönhauser Allee 10/11; Deutscher Hof, Danziger Str. 15; Karl Breuer, Große Franzfurter Str. 117; Schwarzer Adler, Schöneberg, Danzigerstr. 142; Versammlungen mit folgender Tagesordnung: Generalfreie — Ufa — Kaffee.

## Die Betriebsratswahlen.

### Beamte und andere Arbeitnehmer nach dem Betriebsrätegesetz.

In den Kreisen der Arbeitnehmer der Behörden hat der § 13 des Betriebsrätegesetzes bereits erhebliche Beunruhigung hervorgerufen. Dieser § 13 gestattet eine Vereinerung von Beamten in die Arbeitnehmervertretung im Sinne des Betriebsrätegesetzes und umgekehrt eine Vereinerung der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellten) in die Beamtenvertretungen, allerdings unter der Voraussetzung, daß ihnen bei der Bildung von Beamtenvertretungen die gleichen Rechte gewährt sind, wie den Beamten. Die Arbeitnehmer befürchten bei dieser Rechtslage nicht mit Unrecht, daß sie durch eine solche Vereinerung in ihren Rechten gemindert werden. Der Weg, auf dem derartige Vereinerungen vor sich gehen, ist der Verordnungswege, sei es der Reichsregierung, soweit diese zuständig ist, sei es der Landesregierung für ihren Bereich. Der Entstehungsgrund des Gesetzesparagraphen liegt darin, daß die Behörden auf besondere Fälle hinweisen, in denen entweder wenige Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes mit einer großen Zahl von Beamten zusammenarbeiten oder einige wenige Beamte unter sehr viel anderen Arbeitnehmern (Arbeiter und Angestellten). Dieser Grund wurde von den Parteien, die das Gesetz zustande gebracht haben, als berechtigt anerkannt, und dementsprechend, trotz mancher Bedenken, der § 13 in der jetzigen Fassung angenommen. Die Folge für die Arbeitnehmer ist allerdings — darauf muß hingewiesen werden —, daß sie die Rechte der übrigen Arbeitnehmer, namentlich also den Schutz gegen Entlassungen durch § 84 ff., nach einer juristisch schwer anfechtbaren Auslegung verlieren, da das Einspruchsverfahren aus § 84 des Gesetzes an eine Vereinerung des Einspruchs durch den Arbeiterrat oder Angestelltenrat vor dem Schlichtungsausschuß geknüpft ist und man kaum annehmen kann, daß etwa der Beamtenrat für die von ihm vertretenen Arbeiter oder Angestellten vor dem Schlichtungsausschuß auftreten kann, da schließlich auch bei dem zurzeit noch vielfach bestehenden Gegenstand von Beamten und anderen Arbeitnehmern zu befürchten ist, daß die Beamtenvertretungen nicht immer das hinreichende Interesse haben, für die nichtbeamteten Arbeitnehmer einzutreten.

Bei dieser Sachlage ist dringend zu fordern, daß die Staatsbehörden von der Vollmacht des § 13 den denkbar sparsamsten Gebrauch machen und ihn nur dort anwenden, wo die Beteiligten, sowohl diejenigen, die vereint werden, wie diejenigen, in deren Kreis die vereinten Personen hineinkommen, damit einverstanden sind. Jede willkürliche Ausübung des Verordnungsrechts würde nur Unruhe in den Staatsbetrieben und -verwaltungen hervorrufen.

Strenge gleich das Gesetz an dieser Stelle im Gegensatz zu anderen Paragraphen, besonders zu § 81, eine vorherige Verhandlung mit den Berufsorganisationen nicht fordert. Ist es im Interesse der ruhigen Durchführung des Gesetzes nur dringend zu wünschen, daß die in Frage kommenden Stellen sich mit den Berufsverbänden vor einer Anwendung der Rechte aus § 13 in Verbindung setzen.

Inabgründe ist allerdings die Befürchtung der Arbeitnehmer, sie würden durch § 13 auch für den Bereich der Tarifverträge die Gleichheit als „Angestellte“ oder „Arbeiter“ verlieren. An ihrer rechtlichen Stellung für den Arbeitsvertrag würde diese für einen bestimmten Zweck vorgesehene Vereinerung nichts ändern.

Die kurz vor der Kapp-Ära veröffentlichte Verordnung der preussischen Regierung zum Betriebsrätegesetz (vom 8. März) überträgt die Vollmacht des § 13

1. für die öffentlichen Behörden und die Betriebe des Staates dem zuständigen Minister;
  2. für die öffentlichen Behörden und die Betriebe der Gemeinden und Gemeindeverbände, dem Vorstand der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes;
  3. für die öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die hinsichtlich der Dienstverhältnisse ihrer Beamten der Staatsaufsicht unterstehen (Krankenkassen, Landschaften, Feuerversicherungs-Gesellschaften und andere mehr), dem Vorstand der Körperschaft.
- Für die Anordnungen der Vorstände im 2. und 3. Fall ist stets die vorherige Zustimmung der Staatsaufsichtsbehörde erforderlich und zwar zumindest des Regierungspräsidenten, in Berlin des Oberpräsidenten. Bei Verlegung der Zustimmung entscheidet auf Antrag eines der Beteiligten der zuständige Minister, der im übrigen befugt ist, die Anordnungen der Vorstände jederzeit außer Kraft zu setzen.
- Wegfall der Vereinerung der Beamten in die Betriebsvertretung im Sinne des Gesetzes ist in der Verordnung noch besonders eingeschärft, daß sie den Fall zur Voraussetzung hat, daß diese Beamten als einzelne dauernd mit einer großen Anzahl von Arbeitnehmern zusammenarbeiten.
- Das gleiche muß entsprechend — ja um so mehr — für die Vereinerung der Arbeitnehmer gelten, weil diese dadurch Rechte verlieren, während die Beamten bei den weitergehenden Rechten der Betriebsvertretungen im Verhältnis zu den Beamtenausschüssen nur Rechte gewinnen, wenn sie zu den Betriebsvertretungen wählen und durch sie vertreten werden.

# Wirtschaft

## 70 Zuderfabriken in einer Hand.

Die außerordentliche Generalversammlung der Aktien-Zuderfabrik Guentzky beschloß den Verkauf beider Zuderfabriken der Gesellschaft in Guentzky und Großperlethaus an den Großkaufmann Louis Haas, Roggeburg, welcher bereits 70 Zuderfabriken betreibt. Der größere Teil der Gesellschaft wird als Aktienunternehmer weiter betrieben.

Solange das Kapital konzentriert und vertrustet, regt sich nichts im Blätterwald des Kapitalismus, wenn aber die Sozialisten diesen Zusammenschluß ganzer Industriegebiete fordern, die gemeinwirtschaftliche Vertrustung, dann wird der Untergang der Wirtschaft als Gewißheit hingestellt.

## Die Vertrustung des deutschen Films.

In der „Wärten-Beitung“ erscheint ein Alarmruf eines Vertreters eines Filmkonzerns über Vertrustung der Filmindustrie, die von einem Konkurrenzkonzern angestrebt wird. Es heißt dort:

Vor kurzem ging eine keine unheimliche Meldung durch die deutsche Tagespresse, wonach die Ufa mit einem italienischen Konzern ein Abkommen getroffen habe, das dahingehet, daß beide Firmen gemeinsam eine möglichst umfassende Vertrustung des gesamten internationalen Weltmarktes vorzunehmen wollten.

Man denke sich eine Vertrustung des Films unter italienischer und amerikanischer Führung. Die amerikanische Trusts kleinere und mittlere Firmen an die Wand zu drücken pflegen, das konnte man an den Vorgängen in der Zigarettenindustrie kurz vor dem Krieg merken. Man kaufte auf, was aufzulösen war oder vertrieb, durch Solanderpreise den zu erdrücken, der nicht gutwillig sein Geschäft hergab.

Ins Filmtechnische übertragen, bedeutet das das Ende aller kleinen Fabrikanten, das Ende aller kleineren und mittleren Verleihbetriebe. Beim Film braucht man aber noch gar nicht einmal aufzulösen, es genügt ganz einfach, einen großen Teil der Qualitätsprodukte des deutschen, italienischen und amerikanischen Marktes in einer Hand zu vereinigen und dann einfach eine Konventionspolitik einzuführen, die dahin geht, daß nur die Theater beliefert werden, die einzig und allein Konventionsfilm spielen.

Die nächste Stufe wäre die Einführung von festen Preisen oder etwa gar einer prozentualen Beteiligung, die wieder zur Folge hätte, daß schließlich und endlich sämtliche deutschen Lichtspieltheater unter die Kontrolle des Trusts kommen.

Ueber die „Sozialisierung“ der Filmindustrie hat die Ufa in Wolfen hat der „Vorwärts“ bereits früher referiert. Wir stimmen der Vereinerung eines deutschen Filmtrusts, der gemeinwirtschaftlich geleitet wird und der die Filmindustrie mit aufnimmt, durchaus zu, damit gleichzeitig unkontrollierten internationalen Kapitalverknüpfungen ein Riegel vorgezogen wird. Den großen „Arrangements“ ist es sehr gleichgültig, wenn sie die Industrien in die Hände spielen, die Hauptfrage ist nur, daß sie bei solchen Geschäften Millionen verdienen.

## Ueberfluß und Hunger.

Folgendes Rundschreiben gelangt zu unserer Kenntnis:

„Unsern verehrten Mitgliedern machen wir die Mitteilung, daß unsere sämtlichen Speise- und Lagerräume derartig mit Gütern gefüllt sind, daß von heute ab weitere Mengen ohne vorherige telefonische oder schriftliche Verständigung nicht mehr aufgenommen werden können.“

Im Interesse einer ordnungsgemäßen Lagerung bitten wir deshalb, bei weiterer Inanspruchnahme unserer Lager vorher mit uns zu verhandeln. Sollten dennoch Güterfrachten ohne Voranmeldung bei uns einrollen, so müssen wir nach Lage der heutigen Verhältnisse und Arbeitsverhältnisse jegliche Verantwortung ablehnen.

Stroßfurt, den 30. März 1920.

Mit genossenschaftlichem Gruß!

Stroßfurt-Landw. Gen.- und Verbraucherverein E. G. m. H. V., Stroßfurt.

Warum werden diese Güterfrachten nicht zu erschwinglichen Preisen auf den Markt gebracht? Weil man sie zurückhält, um bei steigender Kartoffelknappheit noch höhere Preise als die jetzigen zu erzielen.

Düngemittelpreise. Die Preise für künstliche Düngemittel werden neu festgesetzt. Danach betragen die Preise bei Superphosphat für 1 Kilogrammprozent / 100 Kilogramm Phosphorsäure für Gebiete I 940 Pf., für Gebiete II 930 Pf., feiner für Gesamtkilogramm 900 Pf. und Gesamtkilogramm 800 Pf.

## Parteinachrichten.

„Freies Wort“

Als Kopfbild des „Vollwille“ in Genow O. S. erscheint vom 1. April ab das „Freie Wort“, das Parteivorgan der Genossen der Freie Partei, Genow, Keutold und Hallenberg. Die dortigen Genossen hatten bisher bereits ein eigenes Blatt, das aber nur in beschränktem Format und dreimal wöchentlich erschien. Diese Zeitung konnte natürlich auf die Dauer den Anforderungen nicht entsprechen, die an ein gutes, zeitgemäß geleitetes Parteiblatt gestellt werden müssen.

Genow, für den redaktion. Teil: Felix Adler, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Hilde, Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. H. V., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag G. m. H. V., Berlin. Postamt: Berlin, C. 10, Postfach 1000.